INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

Nr. 107 21. Juni 1990

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

DEMO

23. 6.

13 Uhr

Treffpunkt:

Erlöserkirche

VORWORT:
Wieder ein vollgestopftes Heft mit gnadenlosen Verkleinerungen, dafür wollten wir inhaltlich etwas mehr Tiefgang erreichen. Mit dieser Intention haben wir den Artikel zu Südafrika aus dem Südwind geklaut. Er beschreibt die oppositionellen Bewegungen in S.A. (Stand April 90), versucht die derzeitige Situation einzuschätzen und daraus folgend die Basis für "Verhandlungen"mit dem Rassisten-Regime. Ein anderer Artikel handelt von Shell-Aktivitäten in Thailand und die damit einhergehende Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen und der Umwelt dort.
Wir veröffentlichten vorschnell den Beitrag: "Dreckwäsche im Schleudergang" in der Nr.103 und kommentierten ihn nur in der Überschrift und im Vorwort. (Es ging um Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Antifaarbeit). An dieser Veröffenlichung gab es berechtigte Kritik: die Diskussion führt so von der politischen Frage über Alleinvertretungsanspruch contra Strukturen gemeinsamer Bestimmung und Handlungsfähigkeit weg zu Tratsch und Gerüchteküche, außerdem sind zu viele Internas drin enthalten die nur noch für einen kleinen Teil der Szene in Relation zu den tatsächlichen Ereignissen gesetzt werden können, eine genauere Auseinandersetzung darüber kann auch nicht in der Interim geführt werden.
Zu viele Internas, die außerdem kriminalistisch verwertet werden können, enthält auch ein 14-seitiges Papier aus einem besetzten Haus. Der Bericht geht kaum über hausinterne Begebenheiten hinaus und kriegt so einen leicht tratschigen Charakter. Ist diese detaillierte Auflistung von Aktivitäten abgesprochen mit den Menschen aus dem Haus? Auch wird nicht klar was ihr euch von diesem Papier versprecht, welche daraus folgende Auseinandersetzung ihr wollt. Wir bitten euch darum es nochmal diesbezüglich zu überarbeiten.
Beim Flugi zum Kreiwehrzersatzamt verhält es sich umgedreht: im Detail liegt hier der Witz, genaueres lesen lohnt sich!
Ach, noch eine Richtigstellung: die autonome Opposition hat nix mit der TAZ zu tun (wie im Inhaltsverzeichnis angekündigt) und möchte mit denen verständlicherweise nicht in Verbindung gebracht werden.
Wegen Informationen über den Wohnungsleerstand in Ost-Berlin wendet euch doch mal an die Menschen in der Mainzertr., woher wir die Liste haben wissen wir nicht (es gibt da ein Frauenhaus, die euch bei eurer Nachfrage vielleicht weiterhelfen können).

Kekse, Schockolade oder ähnliches, ebenfalls Bestellungen, Beschwerden, Termine sowie auch Beiträge bitte an: **Interim e.V.**
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Inhaltsverzeichnis

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Kein Platz für Faschisten in Lichtenberg und anderswo!

Aufruf zu Aktionstagen gegen die faschistischen Überfälle

Seit einiger Zeit verstärken sich die Übergriffe rechtsradikaler Schläger und Neonazis zusehends. Es gründen sich faschistische Parteien und sogenannte "Vertriebenenverbände". Von staatlicher Seite wird gegen die Entwicklung nichts oder nicht genügend getan. Die Menschen sind in dieser Sache wieder mal auf sich selbst angewiesen.

Da ist die inzwischen zur Regelmäßigkeit gewordene Randale nach jedem Fußballspiel des FC Berlin. Dabei werden besetzte Häuser mit Steinen, Leuchtspurgeschossen und Gaspistolen angegriffen und er werden Ausländer/Innen oder einfache Passanten belästigt oder zusammengeschlagen.

Bei ihren Überfällen werden die Faschisten immer bedenkenloser in der Wahl der Mittel. Das letzte Beispiel dafür ist der Überfall auf das multikulturelle Zentrum "Tacheles" in der der Oranienburger Straße. Dabei gab es 3 Schwerverletzte. Ein Mann wurde von einer Brandflasche im Gesicht getroffen und bei dem Versuch, ihn zu löschen, wurden zwei Frauen mit Eisenstangen und Steinen schwer verletzt. Die geschichtlichen Vorbilder der Nazis zeigen, wie es weitergehen soll: Vernichtung zuerst der AusländerInnen dann politisch Andersdenkender und letzten Endes jedes denkenden Menschen! Schon jetzt idst zu beobachten, daß rechtsradikale Parteien und Gruppen in aller Öffentlichkeit sich gründen und agieren dürfen.

Dafür ist die "Nationale Alternative" eines von vielen Beispielen. Sie hat ihren Sitz in der Weitlingstraße 122 (Hauptquartier), 115 (Hinterhaus) und in einem zur Zeit nicht genutzten Haus in der Lückstraße 24. Bei dieser Partei handelt es sich eindeutig um Faschisten. Von der Zentrale in der Weitlingstraße gingen bereits mehrere gewalttätige Angriffe aus, bzw. sie wurden dort geplant. Die "Nationale Alternative" erhält großzügige finanzielle, materielle und ideeelle Unterstützung militanter Nazis aus der BRD und aus Österreich. Zur "Nationalen Liste", die ihr Hauptquartier in Hamburg hat, besteht eine ständige Funkverbindung, durch die täglich Berichte übermittelt werden. In den Häusern in der Weitlingstraße lagern Waffen, von Gaspistolen bis hin zu scharfen Schußwaffen.

Diesen Tatsachen und dieser Entwicklung steht die neue Regierung und ihre Polizei tatenlos gegegenüber. Sie will oder sie kann nichts dagegen tun. Für uns steht daher fest: Wir müssen unsere Sache selbst in die Hand nehmen. Wir müssen uns endlich gegen die menschenverachtenden Überfälle der Faschisten zur Wehr setzen! Wir müssen zeigen, daß wir nicht gewillt sind, den Nazis die Straße zu überlassen!

Organisieren wir jetzt die antifaschistische Selbsthilfe!

Treten wir gemeinsam auf gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus.

Kein Platz für Faschisten in Lichtenberg und anderswo!

Wehrt Euch jetzt!

Kommt alle zu den antifaschistischen Aktionstagen!

KUNDGEBUNG
am 21. Juni 1990, 17 Uhr, Treffpunkt: Alex, Weltzeituhr

GROSSDEMONSTRATION

am 23. Juni 1990, 13 Uhr, Treffpunkt: Erlöserkirche Ostberlin (zwischen den S-Bahnhöfen Rummelsburg und Nöldnerplatz)
Demonstrationsroute: Erlöserkirche - Nöldnerstraße - Lückstraße - Weitlingstraße - S-Bahnhof Lichtenberg - Einbeckerstraße - U-Bahnhof Friedrichsfelde - U- Bahnhof Tierpark - Ausländer/Innenwohnheim Hans-Loch-Straße.

Beim Vorbeizug an der Weitlingstraße wollen wir keinen Straßenkampf. Wir wollen unseren Widerstand demonstrieren. Wir wehren uns nur, wenn wir angegriffen werden.

UnterstützerInnen:

SJV, MitgliederInnen Neues Forum, Autonome Antifa Berlin, FDJ, Info-Laden Bandito Rosso, Besetzte Häuser, Umweltbibliothek, Vereinigte Linke, Telegraph,Anzeiger, MitgliederInnen Bund der AntifaschistInnen, Sozialistische Arbeitsgruppe Ost / West, Autonome aus Ost / West, 3.Welt-Zentrum, LAZ, Antifa-Ini-Neukölln, Autonome Demo-SanitäterInnen, Antifa-Jugendfront, Antifa Genclik, ASta-TU, Autonomes AusländerInnen-Referat ASta-TU, PROWO, Anti-Shell-Koordination, Rote Garde

Wenn Ihr Informationen habt über faschistische Umtriebe "Parteien", Treffpunkte, Aktivitäten, Überfälle usw., dann informiert das ANTIFA-INFO-telephon:
Ostberlin: 22 92 912, Dienstag 18- 20 Uhr, Samstags 16-19 Uhr
Westberlin: 69 21 599, Samstag 16-20 Uhr

Kreiswehrzersatzamt Groß – Berlin
Wehrbereichsverwaltung IA

Kreiswehrzersatzamt, Fehrbelliner Platz 2, 1000 Berlin 31

BERLIN

9. Mai 1990

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Die jüngsten politischen Entwicklungen in diesem unserem Lande sowie in dem ehemaligen kommunistischen Machtbereich haben sicherlich auch bei Ihnen, verehrte Mitbürger und Mitbürgerinnnen, freudige Empfindungen geweckt. Auch wir, die Senatsverwaltung für Inneres (Abt. Z), halten diese Ereignisse für überaus begrüßenswert. Sie stimmen sicherlich mit uns überein, daß der „lange Winter", den das zarte Pflänzchen der Demokratie unter der kommunistischen Terrorherrschaft der SED und ihrer verbündeten Blockparteien überdauern mußte, nunmehr beendet scheint.

Ja, liebe Leser, Sie haben richtig gelesen, bis jetzt scheint es nur so, noch aber können wir uns nicht beruhigt und zufrieden zurücklehnen. Es sind noch manche Widrigkeiten und vielfältige Probleme zu beseitigen, bis wir unsere Ziele, die ja wohl auch die Ihren sind, erreicht haben. Dann erst, liebe Mitbürger und Mitbürgerinnnen, werden auch Sie in den Genuß dessen kommen, was wir und unsere Auftraggeber schon seit langem geplant haben. In vielen Regionen der Welt haben wir für unseren Wohlstand und ihre Interessen gefochten; wir möchten dies natürlich auch für Sie weiterhin tun (wie z.B. in Angola, Äthiopien, Irak, Iran, Libyen, Afghanistan oder auch Mogadishu/Somalia).

Es liegt aber in der Natur der Sache, daß eine Zersplitterung materieller, finanzieller und personeller Mittel einen erheblichen Einfluß auf das Kräftepotential im allgemeinen hat. Eine Konzentration unserer Maßnahmen auf Osteuropa erscheint uns daher unumgänglich.

Wir appellieren deshalb an Ihr staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl und Ihre zweifellos vorhandene Bereitschaft, unsere deutschen Verwertungsinteressen nicht nur in der „DDR" sondern auch in den anderen Ländern des ehemaligen kommunistischen Machtbereichs zu billigen und darüberhinaus mit allen Kräften zu unterstützen.

Sie werden verstehen, daß diese politischen Umwälzungen auch Ihre Opfer verlangen. Wie der Bundesminister des Inneren, Dr. Schäuble, in einem Interview am 5.5.1990 ausführte, ist die Aufrechterhaltung des bisherigen entmilitarisierten Status von Berlin–West auf Grund der obengenannten neuen Aufgaben, die jetzt vor uns liegen, ein unzeitgemäßes Relikt der Alten Europäischen Ordnung. Da über kurz oder lang mit einem Abzug der Allierten Besatzungstruppen aus Berlin sowie Gesamtdeutschland zu rechnen ist, ist es an uns Deutschen dies dann entstehende Machtvakuum zu füllen. Aus den vorgenannten Gründen scheint es uns deshalb dringend geboten, die Erfassung aller Berliner wehrfähigen Männer und Frauen jetzt durchzuführen.

Im Auftrag

(Horst Hutzler, Wehrbereichskommandeur)

Fahrverbindungen
U-Bahn: Fehrbelliner Platz
Bus: 1, 4, 50, 74

Zahlungen an die	Kontonummer	Geldinstitut	Bankleitzahl
Landeshauptkasse Berlin	58-100	PostgiroA BlnW	100 100 10
(bitte bargeldlos)	0990007600	SpK Berlin W	100 500 00
	9919260800	Berliner Bank AG	100 200 00

Personalbogen zur vorläufigen Erfassung der wehrwilligen Bevölkerung*

☞ Angaben zur Person

Name ....
sämtliche Vornamen ....
Anschrift ....
....

Familienstand ❑ intakt ❑ zerrüttet

regionale Herkunft ❑ Bundi ❑ Zoni ❑ Bayer/in ❑ Berufsvertriebene/r

Mitglied einer Partei ❑ Deutsch – National ❑ Sonstige ....

Mitglied einer kriminellen Vereinigung ❑ politisch motiviert ❑ eindeutig kriminell ❑ im Sinne von §129a ❑ Baumafia (Antes et al) ❑ Abschreibungsfirma ❑ Drogenmafia

☞ Gesundheitszustand*

❑ Strahlen belastet? Waren Sie z.B. in Tschernobyl? ❑ Gehörgeschädigt? Besuchen Sie häufig Discos?

❑ Suchtverhalten? Alkoholprobleme? Drug Abuse? ❑ Adipositas? Mögen Sie es schön fett?

❑ Abnormales Sexualverhalten? HWG – Person? ❑ San's positiv?

* Bitte fügen Sie sämtliche Atteste (nicht älter als 4 Wochen) wie z.B. vom Optiker, Psychiater, Urologe, Ornithologe etc. bei.

☞ Militärische Vorkenntnisse

❑ Wehrsportgruppe ❑ Saalordner/in ❑ Schützenverein ❑ Hertha – Frosch/Kröte

❑ RAF (Royal Air Force, nur wenn Deutsche/r im Sinne des Grundgesetzes) ❑ Moslembruderschaft

❑ Mitglied der Freiwilligen Polizeireserve Berlin – West ❑ Skinny Head (dtsch: magerer Kopf)

❑ Stasi ❑ GST ❑ GSG 9 ❑ Militaria – Sammler ❑ SEK/MEK

☞ Auszeichnungen

❑ Karl – Marx Orden ❑ Malteser Kreuz ❑ Stalin – Preis ❑ Konrad – Adenauer Medaille

❑ kleines BVK mit Ährenkranz (Bundes Vertriebenenen Kreuz) ❑ Schlesischer Heimatorden

❑ großes BVK mit Schulterband (Bundes Verdienst Kreuz) ❑ Johanniter Orden im Eichenlaub

* Ihre Angaben werden mit den Volkszählungsdaten 1987 abgeglichen. Unwahre oder ungenaue Angaben ziehen eine strafrechtliche Verfolgung gemäß §6.5. der behelfsmäßigen Rechtsbelehrung (bemähRebel) nach sich.

☞ Verwendungswunsch*

A0 Felldjäger
A1 Grenadier
A2 Jäger/Scharfschütze
A3 Pz-Abwehrsoldat (Rakete)
A4 Gebirgsjäger
A5 Fallschirmjäger
A6 Pz-Jäger/Pz-Grenadier
A7 Fernspäher/Fernseher
A8 Richt-/Ladeschütze
A9 Pelzjäger

B0 Pz-Kanonier/FlaK Kanonier
B1 FlaRadarkanonier
B2 Kanonier
B3 FlaRaketenkanonier
B4 FlaKFeuerleitkanonier
B5 Waffenelektronik-Gast
B6 Überwasserwaffenelektronik-Gast
B7 Fliegerfaustschütze
B8 FlaKKanonier (Gepard, Roland)
B9 Überwasserwaffenleit-Gast
Unterwasserortungs- und waffenleit-Gast

C0 Fluchschüler
C1 Deckgast
C2 ABC-Abwehrsoldat

D0 Flußpionier
D1 Taucher
D2 Tiefseetaucher
D3 Motorbootfahrer/ Amphibienpionier
D4 Baumaschinenpfarrer
D5 Pionier
D6 Lw-Pionier

F2 Stabsdienstsoldat
F3 Graph. Zeichner
F4 Technischer Zeichner
F5 Kartograph. Zeichner
F6 Offsetdrucker
F7 PSV/PDS-Abhörer
F8 Schriftsetzer
F9 Buchbinder

G4 Flugsicherungssoldat
G6 Flugbetriebsspezialist
G7 Radarflugmelder
G8 Ortungs-/Navigations-Gast
G9 Flugabfertiger

H0 Baufernsprecher
H1 Bauernversprecher
H2 Sprechfunker
H3 Richtfunker
H4 Schreibfunker
H5 Punker
H6 Signalbetriebs-Gast
H7 EDV-Bediener

I0 Horchfunker TN
I1 Beobachtungsfunker
I2 Vermessener
I3 Richtkreiskanonier
I4 Feuerwerkleitbediener/Auswerter
I5 Fotograf
I6 WetterfroschSoldat
I7 Horchfunker TG
I8 Übersetzer (Fährdienst)
I9 Kriegsberichterstatter

L0 Nachschubbuchführer
L1 Lager-Wart
L2 Lagerwachsoldat
L3 Bekleidungsverwalter
L4 Betriebsstoffwart
L5 Liquidationssoldat
L6 Kampfgaswart
L7 Nachschubsoldat

M0 Koch
M1 Küchenhilfssoldat
M2 ABC-Nudelwart
M3 Verpflegungs-Gast
M4 Kraftfahrer A
M5 Kraftfahrer B
M6 Kraftfahrer C/D
M7 Kraftfahrer F
M8 Diesellokführer
M9 Kosmonaut

N0 Funkmechaniker
N1 Elektronikmechaniker
N2 Fernsprechmechaniker
N3 Weitverkehrsspezialist
N4 Raketenprüfgerätemechaniker
N5 Nahverkehrsspezialist (Busspuren)
N6 Elektrotechnischer-Gast
N7 Betriebselektriker
N8 Elektroinstallateur

O4 Dampftechnischer-Gast
O5 Motorentechnischer-Gast

P0 Flugzeugmechaniker
P1 Hubschraubermechaniker
P3 Flugkörpergerätemechaniker
P4 Hydraulikmechaniker
P5 Flugzeugelektriker
P6 Flugzeugausrüstungsspezialist
P7 Flugzeuginstrumentenmechaniker
P8 FlaKMechaniker

R0 Waffenmechaniker
ABC-Gerätepaniker
R1 Feinmechaniker (Obstruse Geräte)
R2 Munitionswart
R3 Munitionsmechaniker
R4 ABC-Kaninchenwart

S0 Kfz/Pz-Schlosser
S1 Kfz-Elektriker
S2 Karosserieschlosser
S3 Kunststoffschlosser
S5 Maschinenschlosser
S6 Dreher
S7 Sch(w)eißer
S8 Klempner
S9 Schmied

T0 Tankanlagenmechaniker

U0 Tischler
U2 Maler
U4 Schneider
U5 Schuhmacher
U6 Sattler

W0 Sanitätssoldat
W1 Sanitätssoldat (Laborhelfer)
W2 Sanitätssoldat (Flugmedizin)
W3 Sanitätssoldat (Zahnmedizin)
W4 Sanitätssoldat (Menschenmaterial)
W5 Sanitätssoldat (höhere Dienstgrade)
W6 Sanitätssoldat (Augenoptik)
W7 Friseur

X0 Musiker
X1 Grenadier (WachBtlBMVg)
X2 MElektronik-Gast
X3 WCTechn.-Gast
X4 Standartenführer (Kanzleramt)

Die Anforderungssymbole Bw umfassen in der Regel mehrere militärische Tätigkeiten (ATB), von denen hier aus Platzgründen nur ein repräsentativer Auszug angegeben ist.
Bitte tragen Sie die gewünschte/n Kennziffer/n ein, Mehrfachnennungen sind statthaft!

....

* Frauen sind selbstverständlich zu allen Gattungen zugelassen, sofern getrennte Toiletten und Umkleideräume zu Verfügung stehen.

☞ Gewünschter Stationierungsort

☐ Raum Wanne-Eickel ☐ Raum Cottbus-Drewitz ☐ Deutsch-Südwest- Afrika ☐ Kapstadt
☐ Ostmark ☐ Mallorca ☐ Breslau ☐ Nicaragua ☐ Helgoland ☐ Gibraltar
☐ Graubünden ☐ El Alamein ☐ Narvik ☐ Sonstiges ....

Behelfsmäßige Rechtsbelehrung (bemähRebel)

Genehmigungspflicht bei Verlassen des Geltungsbereiches des Wehrpflichtgesetzes

1. Wehrpflichtige haben nach Beginn der Erfassung ihres Geburtsjahrgangs eine Genehmigung des zuständigen Kreiswehrzerstanzamtes einzuholen, wenn sie den Geltungsbereich des Wehrpflichtgesetzes (BRD–TOMANIA) länger als 3 Monate verlassen wollen, über einen genehmigten Zeitraum hinaus außerhalb des Geltungsbereichs des Wehrpflichtgesetzes verbleiben oder einen nicht genehmigungspflichtigen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Wehrpflichtgesetzes über 3 Monate ausdehnen wollen. Das gilt nicht, wenn die Wehrpflicht des Wehrpflichtigen ruht, bei ihm eine zwingende Wehrdienstausnahme nach den §§ 9 bis 11 des Wehrpflichtgesetzes (WPflG) festgestellt worden ist oder gemäß § 13a WPflG nicht zum Wehrdienst herangezogen wird. Im Bereitschafts– und Angriffsfall haben Wehrpflichtige auf entsprechende Anordnung der Reichsregierung BRD–TOMANIA die Genehmigung einzuholen, wenn sie den Geltungsbereich des Wehrpflichtgesetzes verlassen wollen.

Fortbestehen der Wehrpflicht

2. Verlegt ein Wehrpflichtiger seinen ständigen Aufenthalt während des Wehrdienstes oder ohne die nach vorstehender Nr. 1 erforderliche Genehmigung oder ohne ihn tatsächlich zu verlassen aus dem Geltungsbereich des Wehrpflichtgesetzes hinaus, so erlischt oder ruht seine Wehrpflicht nicht.

Wehrüberwachung

3. Während der Wehrüberwachung haben die Wehrpflichtigen u.a.
3.1.1. jede Änderung ihres ständigen Aufenthaltes oder ihrer Wohnung binnen 24 Stunden dem zuständigen Kreiswehrzerstampfamt ihres Weg– oder Zuzugsortes zu melden,
3.1.2. im Angriffsfall jede Änderung ihres ständigen oder momentanen Aufenthaltes oder ihrer Wohnung innerhalb von 6 Stunden dem zuständigen Kreiswehrzersatzamt ihres Weg– oder Zuzugsortes zu melden,
3.2. Vorsorge zu treffen, daß Mitteilungen der Wehrversatzbehörden sie unverzüglich erreichen (Volksempfänger einschalten),
3.3. auf Aufforderung der zuständigen Wehrentsetzlichbehörde sich persönlich zu melden,
3.4. im Bereitschafts– und Angriffsfall auf entsprechende Anordnung der Reichsregierung BRD–TOMANIA unverzüglich zurückzukehren, wenn sie sich außerhalb des Geltungsbereiches des Wehrpflichtgesetzes aufhalten, und sich beim zuständigen oder nächsten Kreiswehrherrschaftsamt zu melden, es sei denn, daß sie wider Erwarten ihren ständigen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Wehrpflichtgesetzes haben,
3.5. die Pflicht, ausgehändigte Bekleidungs– oder Ausrüstungsstücke ohne Entschädigung jederzeit erreichbar sorgfältig aufzubewahren und zu pflegen, sie nicht außerhalb des Wehrdienstes z.B. zum Skifahren oder Campen zu verwenden, eine mißbräuchliche Benutzung durch Dritte auszuschließen, den Weisungen zur Behandlung der Sache nachzukommen, die Sachen der zuständigen Dienststelle auf Anforderung vorzulegen und ihre Schäden sowie Verluste unverzüglich zu melden,
3.6. ferner dem zuständigen Kreiswehrzersatzamt unverzüglich schriftlich oder mündlich zur Niederschrift (binnen 24 Stunden) zu melden,
3.6.1. die Absicht, ihrem ständigen Aufenthalt länger als 1 Woche fernzubleiben,
3.6.2. den Eintritt von Tatsachen, die eine Wehrdienstausnahme nach den §§ 9 bis 11 Abs. 1 WPflG begründen,
3.6.3. den Eintritt von Tatsachen, die eine vorübergehende Wehrdienstunfähigkeit von voraussichtlich mindestens 2 Wochen begründen; auf Aufforderung der zuständigen Wehrentsetzensbehörde Erkrankungen und Verletzungen seit der Musterung, Prüfung der Verfügbarkeit oder Entlassungsuntersuchung, von denen er oder sein Arzt annimmt, daß sie für die Beurteilung seiner Kriegsdienstverwendungsfähigkeit von Belang sind,
3.6.4. den Wegfall der Voraussetzungen für eine Heranziehung zum Grundwehrdienst in zeitlich getrennten Abschnitten (§ 5 Abs. 2 WPflG) und den vorzeitigen Wegfall der Voraussetzungen für eine Zurückstellung,
3.6.5. den Abschluß und einen Wechsel ihrer beruflichen Ausbildung sowie einen Wechsel ihres Berufes,
3.7. darüberhinaus als Angehörige der Verfügungsbereitschaft Vorsorge zu treffen, daß Mitteilungen der Wehrabsatzbehörde sie jederzeit erreichen, und bevorstehende Änderungen ihres ständigen Aufenthalts, ihrer Wohnung oder ihrer Anschrift unverzüglich der zuständigen Wehrverheizbehörde zu melden.

Befreiungs– und Zurückstellungsanträge

4.1. Ein Antrag auf Befreiung vom Kriegsdienst nach § 11 Abs. 2 WPflG kann unter folgenden Voraussetzungen geprüft werden: Wenn die Familie des Antragstellers ihr Wehrsoll erfüllt hat und der/die Antragsteller/in Ersatzdienst in einer zugelassenen paramilitärischen Organisation zu leisten beabsichtigt.
4.2. Anträge auf Zurückstellung vom Kriegsdienst nach § 12 Abs. 2 und 4 WPflG sind nur zulässig, wenn die antragsstellende Person für das ökonomische Gesamtinteresse von entscheidender Bedeutung ist.

Polizeiliche Vorführung

5. Bei Wehrpflichtigen, die der Musterung, der Prüfung der Verfügbarkeit, der Eignungsprüfung oder auf eine Aufforderung der Wehrbeschaffungsbehörde, sich persönlich zu melden, unentschuldigt fernbleiben, wird die Vorführung angeordnet werden.

Strafverfahren

6. Strafbar handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig u.a.
6.1. entgegen § 3 Abs. 1 Satz 2 WPflG sich nicht nach Maßgabe des Wehrpflichtgesetzes (§ 17 Abs. 4,6 und 7, § 23 Abs. 1 Satz 2 und 3) auf die geistige oder körperliche Tauglichkeit untersuchen oder auf die Eignung für bestimmte Verwendungen (§ 20a Abs. 1 Satz 1 und 2 WPflG) prüfen läßt oder zum Gebrauch im Wehrdienst bestimmte Bekleidungs– oder Ausrüstungsstücke nicht übernimmt oder nicht entsprechend dem Einberufungsbescheid zum Dienstantritt mitbringt,
6.2. entgegen § 3 Abs. 2 WPflG nicht die für einen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereiches des Wehrpflichtgesetzes erforderliche Genehmigung (s.o. Nr. 1) einholt,
6.3. einer ihm in der Verfügungsbereitschaft nach § 5a Abs. 2 WPflG obliegenden Pflicht (s.o. Nr. 3.7.) zuwiderhandelt,
6.4. eine Aufforderung zur Vorstellung nach § 23 Abs. 1 Satz 4 WPflG nicht befolgt,
6.5. eine ihm nach § 24 Abs. 6 Satz 1 oder Abs. 7 WPflG (s.o. Nr. 3.) während der Wehrüberwachung oder eine ihm nach § 24 Abs. 6 Satz 2 nach Beendigung der Wehrüberwachung obliegende Pflicht verletzt. Der Regelverstoß wird mit einem Strafbefehl oder mit einer Haftstrafe nicht unter 6 Monaten geahndet.

Kreiswehrzersatzamt Groß–Berlin
Abt. Wehrbereichsverwaltung IA

Fehrbelliner Platz 2

1000 Berlin 31

Bitte senden Sie das Formular vollständig ausgefüllt an nebenstehende Adresse. Sollten Sie Rückfragen haben, wenden Sie sich bitte an die Telefonnummmer 030–867 53 05

Montag, den 04.03.1991; irgendwo in West-Berlin:

Bei Martin Schulze, 19 Jahre, klingelt morgens um 10:30 Uhr der freundliche Postbote - er möchte ein Schriftstück abgeben.
Martin quittiert das Schreiben nichtsahnend ...

Montag, 02.09.1991; Ort: Goerzallee/Bundeswehrkaserne "Konrad Adenauer" (ehemals US-Kaserne Mc. Nair-Barracks): Der neue Jahrgang wird eingekleidet. Ab heute ist Martin (deutscher) ***Soldat ...***



Utopie? Schön wärs!

Aber die Anzeichen verstärken sich, daß in Berlin-West der Kriegsdienst wieder eingeführt wird:

- **Der Anschluß der DDR an die BRD ist beschlossen.**
- **Dez. '90 werden in Berlin das erste Mal Bundestagswahlen stattfinden.**
- **Durch das stark entspannte Ost-West-Verhältnis ist die Begründung für die Präsenz der Alliierten in der Stadt entfallen.**

Kriegsdienst in West-Berlin:

15 bzw. 20 Monate

- **Befehl und Gehorsam**
- **Krieg üben im Grunewald bzw. Zwangsarbeit in Krankenhäusern, Pflegeheimen etc.**
- **Kasernierung und Unterbezahlung**

OHNE UNS!

Noch vor der Bundestagswahl müssen wir versuchen, die drohende Wiedereinführung des Kriegsdienstes in Schule, Uni, Betrieb und Öffentlichkeit zum Thema zu machen.

Machen wir den Militaristen einen Strich durch die Rechnung!

Aufklären!

Das Allerwichtigste ist jetzt massive Informationsarbeit! Also informiert Euch und Andere. Schließt Euch zusammen und verbreitet die Thematik oder wendet Euch an uns, die Antimilitaristische Jugend-Aktion!!! (Wir können noch massig MitstreiterInnen gebrauchen)

Kontakt: AMJ c/o IdK; Mehringhof Gneisenaustr. 2A; 1-61

V. i. S. d. P.: S. Drückeberger, Blücherstr. 90, 1-61

Freundeskreis der AMJ

Die AMJ (Antimilitaristische Jugend-Aktion) sucht Freundinnen und Freunde für ihre Arbeit. Deshalb bittet die AMJ alle dem Freudeskreis beizutreten.
Für eine Spende ab 20,- DM pro Jahr revanchiert sich die AMJ mit der Zusendung des vierteljährig erscheinenden "Antimilitaristischen Informationsdienstes". Wer einzelne Aktionen gezielt unterstützen möchte, dem vermittelt die AMJ Aktionspatenschaften.
Leute, die regelmäßig für den Freundeskreis arbeiten möchten, wenden sich bitte ebenso wie Leute, die an Aktionspatenschaften interessiert sind, schriftlich an den Freundeskreis der AMJ c/o IdK e.V.; Mehringhof-Gneisenaustr. 2A; 1-61. Spenden bitte an: IdK e.V.; Stichwort AMJ;
Kto.-Nr.: 160 776 - 105; Postgiro BlnW, BLZ 100 100 10
Der Freundeskreis und die AMJ bedanken sich bei der Internationalen der KriegsdienstgegnerInnen e.V. für die Bereitstellung von Konto und Postadresse.
Gemeinsam gegen Kriegsdienste!

FÜR EINEN STARKEN INTERNATIONALEN FRAUENKAMPF !

VOLXSPORT

Am Samstag (16.6.) fand in Bonn eine bundesweite Frauendemo gegen den § 218 statt. Um gemeinsam mit den Demonstrantinnen den HERRschenden den Kampf anzusagen, sind wir auch hier auf die Straße gegangen.
Der § 218 ist nichts anderes als ein Zwangsmittel des Staates, um Frauen in die Rolle zu drängen in der sie uns haben wollen: Zurück an den Herd und in die Familien!
Was uns da schon immer blühte ist die fürsorgliche Mutter spielen, Vorzeigeschmuckstück und Matraze für Freud, Leid und Aggression der Männer zu sein. Unsere Körper werden als Ware gehandelt, wir sollen im Sinne des Staates als Gebärmaschinen funktionieren.
Im Zuge der deutsch-deutschen Verhandlungen (Einführung des § 218 in der DDR) werden wir wieder gezwungen die deutsche Rasse heranzuzüchten. Während Ausländerinnen am besten gar keine Kinder kriegen sollen.
Durch immer schärfer rassistisch werdende Ausländergesetze, wird den Ausländerinnen jede Luft zum atmen genommen und zudem einem alltäglichen Rassismus Vorschub geleistet, um sie letzendlich von hier zu vertreiben.

Rassismus wird wieder gesetzlich vorgeschrieben!!

Uns reicht's und nicht erst seit heute:

Ob wir Kinder kriegen oder keine,
ob wir Männer oder Frauen lieben,
ENTSCHEIDEN WIR ALLEINE !!!



Auch wenn wir's jetzt erst gemacht haben, wir waren trotzdem die Schnellsten!
Mit einer Horde (mindestens doppelt belasteter) Frauen zogen wir auf den Kottidamm und sperrten parolenrufend eine Fahrbahn mit einem riesen Transparent ab.

> Solidarität mit den Bonner Demonstrantinnen gegen den § 218 !
> Für ein HERRschaftsfreies L E B E N ! ! !

Dann ging's los! Während sich die ersten noch ihren bunten Ballast um die Ohren und auf den Sexshop schmissen, eilten andere zum kurzen Kaffeeklatsch zu Tschibo und Eduscho.
Auch Drospa verlor im Laufschritt die Scheiben!
Flugis wurden kurz abgeworfen und einige schafften es sogar im Zeitraffer zu sprühen. Ein blaues Ei mogelte sich zu "Spiel & Spaß" hinein, die Scheiben erzitterten zum Glück nur leicht und schon raste die wütende Meute auf Mike Hunter (Sexshop) zu.
Unser Haupt-Hass-Objekt haben wir vollständig den Rest gegeben und sämtliche Scheiben erledigt.
Weil's plötzlich von links grün wurde, machten wir uns aus dem Staub und mußten traurigerweise Penny, Aldi und die Berliner Bank in Ruhe lassen.
Während die Bullen uns hektisch suchten, freuten wir alle uns unter unseren Tarnkappen über den gelungenen Spuk.

Das nächste Mal etwas langsamer! Wir sind nicht zu stoppen!!

F Ü R V I E L E F R A U E N S P R I N T S !

2. INTERNATIONALES CAMP

♀♀♀♀♀♀♀♀

FÜR LESBEN UND ANDERE FRAUEN

Vom 3. bis 12. August 1990 findet in der Nähe von Amsterdam das zweite Internationale Camp für Lesben und andere Frauen statt. Das Camp soll Frauen aus verschiedensten Ländern einen Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglichen.

Weltweit leisten Frauen Widerstand gegen jegliche Art von Unterdrückung, für ein selbstbestimmtes Leben. Das sieht überall anders aus, so wie es ihrem Leben und ihren Lebensbedingungen entspricht. Ein internationaler Austausch gibt uns die Möglichkeit uns über die verschiedensten Kämpfe zu informieren, unsere Gemeinsamkeiten zu finden und zu versuchen, uns darin mehr aufeinander zu beziehen z. B. gemeinsame internationale Frauenkampftage.
Letztes Jahr gab es das erste gemeinsame Camp für Lesben und andere Frauen an dem Frauen aus Italien, Baskenland, Ungarn, England, Belgien, BRD, Frankreich, Spanien, Dänemark, Niederlande, Schweiz, Österreich und Schweden teilgenommen haben. Die Themen waren Sextourismus und Frauenhandel, Bevölkerungspolitik und Gentechnologie, Lesbenkampf, Frauen und Antipsychiatrie und Frauen im Knast. Es war einfach toll eine Woche mit so vielen verschiedenen Frauen zusammen zu sein, miteinander zu reden, zu streiten, zu arbeiten und Spaß zu haben. Das erste Camp hat alle so begeistert, daß jetzt ein zweites stattfinden soll. Im Unterschied zum letzten Camp, das von einer festen Gruppe Amsterdamerinnen vorbereitet wurde, wird dieses von Lesben und anderen Frauen aus verschiendenen Städten der BRD und aus Amsterdam vorbereitet. Die Organisation steckt noch in den Anfängen und auch die inhaltliche Struktur ist noch unklar. Wir sind auf inhaltliche, praktische und finanzielle Unterstützung angewiesen. Geld brauchen wir vor allem für die Organisation des Camps und für Fahrtkosten. Wir wollen nicht, daß die Teilnahme von Lesben und anderen Frauen am Geld scheitert (Fahrtkostenerstattung). Damit wollen wir erreichen, daß viele aus unterschiedlichen Ländern kommen können und nicht hauptsächlich welche aus der BRD vertreten sind.

Wir brauchen dringend Geld. Spendet, organisiert Benefizfeste...

Frauencamp
Sparkasse Bielefeld
BLZ 480 501 61
Konto-Nr. 43647916

♀

Alle, die an praktischer und inhaltlicher Mitarbeit interessiert sind, können sich melden bei der Papiertigerin. Wenn ihr anrufen (oder vorbeikommen) wollt, dann freitags von 14.30 bis 18.00 Uhr

Papiertigerin
Archiv von und für Lesben
und andere Frauen
Cuvrystraße 25
1000 Berlin 36, BRD
Tel. 030/618 30 51

Alles schriftliche bitte nur noch an die Postfach-Adresse:

Archiv Papiertigerin
Postlagernd
Karte-Nr. 077154 C
1000 Berlin 36, BRD

KUNDGEBUNG KUNDGEBUNG KUNDGEBUNG

SKOBLO, WIR TANZEN DIR AUF DER NASE

Am 1. Juli 90 wollen wir vor der Villa von ROMAN SKOBLO in der KRONBERGERSTR. 4 eine Kundgebung abhalten, um ihn und seine Nachbarinnen und Nachbarn wissen zu lassen, was wir von seinen Machenschaften halten.
Roman Skoblo ist Hauseigentümer von über 114 Mietshäusern, Aus- und Übersiedlerheimen und vom Hotel Savoy. Seine Firmen heißen: "Immobilien Braun", "Sabra Gmbh", usw. ...., außerdem ist er mit seiner Firma "Institut für Laboratoriumsmedizin" tätig. sowie beim Herzzentrum im RVK beteiligt. Er ist ein Mensch wie viele. leider allzuviele. die über Geld und damit über Besitz verfügen. und nach ihrem Gutdünken damit machen. was sie wollen. Gesetzlich gibt es kaum Schranken (die Mietpreisbindung ist entfallen). da in diesem Staat das Eigentum durch Recht und Polizei geschützt ist.
So läßt auch er Wohnungen leerstehen. oder privatmodernisieren. was im Falle des WERRA-BLOCKS in Neukölln zu einem Quadratmeterpreis von 14.95 führt, d.h. der gehobene Mittelstand soll in seine schlecht modernisierten und überteuerten Wohnungen einziehen. Mängel werden nur unter Androhungen seitens der MieterInnen mäßig beseitigt.
Im Grunde genommen könnten wir täglich Kundgebungen in den Gebieten Grunewald. Dahlem und Zehelendorf machen und wären damit monatelang beschäftigt. wenn wir dabei all diejenigen besuchen wollten. die mit der Ware Wohnung Profit machen.
So verdient z.B. das Firmenimperium KLINGBEIL durch Neubauten (auch Hotels) und "sozialem " Wohnungsbau die dicke Kohle, GROTH & GRAALFS z.B. durch Vertreibung einer Schrebergartensiedlung (Lüdecke Siedlung) um durch Industriebauten oder durch beabsichtigten Abriß in der Weisestr. 48 noch reicher zu werden. BENDZKO ist z.B. durch seine überflüssigen und schmaraotzerhaften Maklertätigkeiten, sowie durch Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen berühmt/berüchtigt, oder z.B. HEYMANN & KREUELS als Abschreibungsfirma, bei der Gutverdienende wie Zähnärzte, Architekten ihr Geld anlegen. um Stueren legal zu hinterziehen um als Bonbon hinterher Hauseigentum zu haben oder z.B. die GRUNDKREDITBANK. vertreten durch Herrn BOSTELMANN . die sich an Haus- und Kreditzinsen dumm und dämlich verdienen.
Warum wir diesmal Roman Skoblo besonders herausgegriffen haben. liegt daran. daß sich dessen MieterInnen aktiv gegen ihn wehren.

Da ist der WERRA-BLOCK, in dem 100 Wohnungen leerstanden, die er privatmodernisieren läßt. Es gab viele Besetzungen. Demos. Kundgebungen. Blockaden der Modernisierungsarbeiten, sowie Aktivitäten wie z.B. MieterInnenversammlungen, gemeinsame Mängelrügen und konkrete Forderungen seitens der MieterInnen. Davon ermutigt fingen nun auch die MieterInnen seiner Häuser am EICHBORN-DAMM an. sich gemeinsam gegen die Praktiken von Skoblo zu wehren.

VON DER MÄNGELBESEITIGUNG ZUR ENTEIGNUNG ...
... wenn es so einfach ginge. wäre es prima.

Wie schön wäre es. gäbe es kein Eigentum. dann könnte auch kein Einzelmensch, keine Firma darüber bestimmen, wie Menschen in einem Haus zusammenwohnen, keineR würde den/die andere quasi für sich arbeiten lassen können, damit am Monatsende die Miete stimmt. Die "Miete" wäre dann nur noch so hoch, damit das Haus instandgehalten werden kann oder wenn z.B. alle MieterInnen meinen. daß das Dach begrünt werden soll.
Zur "Miete" könnte auchderart beigetragen werden. indem die MieterInnen selbst im Haus rumwerkeln. wenn sie Lust dazu haben.

Es gibt für uns keinen einzigen Grund. warum Menschen Eigentum an Wohnraum haben sollten. damit über andere Menschen bestimmen und daraus auch noch Profit schlagen können. Deswegen sind wir für die vollständige Enteignung von Haus- und Grundbesitzern. Dazu bedarf es allerdings noch ganz schön viel mehr Widerstand von uns MieterInnen.
Den Spekulanten und Geldhaien ständig mit Mängellisten und Mietminderungen (vielleicht irgendwann mal sogar mit vielen zusammen mit einem Mietstreik) auf die Pelle zu rücken, ist genauso wichtig. wie sie ans öffentliche Licht zu zerren.
Die Kundgebung vor Roman Skoblos Villa ist ein solcher Lichtstrahl. Wir wollen ihn letzlich soweit bringen. daß ihm nichts anderes übrig bleibt. als "seine" Häuser den MieterInnen zu überlassen.

P.S. so nebenbei bemerkt: die MieterInnen haben eigentlich sowieso durch ihre Miete Skoblo die Häuser längst abgekauft. er weiß es nur noch nicht.

KOMMT MASSENHAFT ZUR KUNDGEBUNG AM 1. JULI!!! 15 UHR. TREFFPUNKT ROSENECK!
anschl. 16.30 UHR FAHRRADSPAZIERFAHRT. Bringt Lärm Spaß und Fahrräder mit!

REBELLION DER ZUKUNFTSLOSEN ?

Am 20.4. und am 1. Mai 1990 beteiligten sich zum Erstaunen der Öffentlichkeit und der Presse unerwartet viele ausländische Jugendliche an den damaligen Geschehnissen. Sogar Innensenator Pätzold, der eigentlich durch seinen Verfassungsschutz informiert sein sollte, zeigte sich überrascht.

Worum geht es eigentlich?
Was ist mit diesen Jugendlichen los? Warum gab es auf einmal diese Rebellion? Woher kommt diese Aggression und gegen wen richtet sie sich? Was wollen die AusländerInnen?

Die Politiker hätten in Wahrheit am wenigsten erstaunt sein dürfen. Die AL, von der lange nichts Vernünftiges mehr zu hören war, kommentierte: " *jahrelange Duldung der AusländerInnen-feindlichkeit ist der Grund*" - und damit hatten sie Recht.

Die Frage könnten wir auch anders stellen: *Warum ein neues AusländerInnengesetz?* Was will der Staat damit erreichen? Hat das vielleicht mit deutscher Wiedervereinigung oder mit EG Binnenmarkt etwas zu tun? Warum werden neue Mauern gegen Menschen gebaut, wo die EG doch die Grenzen zu Gunsten eines "gemeinsamen europäischen Hauses" abschaffen will?

Was ist die Situation der AusländerInnen im Betrieb, auf der Straße, in der Familie, kurz im Alltag in BRD/W.Berlin? Warum sind die Eltern der Jugendlichen, die heute rebellieren und "die Ruhe und Ordnung des Landes stören" nach BRD/W.Berlin gekommen? Was sind ihre Konflikte untereinander, mit den Kindern, die zur zweiten und dritten Generation der AusländerInnen gehören?

Was war ihre Perspektive am Anfang? Und nun - Perspektivlosigkeit der folgenden Generationen? Vielleicht die Rebellion der Zukunftslosen auf dem Weg zu einer verrechtlichten Diktatur?

Antwort auf diese Fragen sucht eine Veranstaltung mit Vortrag eines ausländischen Antifaschisten und anschließender Diskussion zu geben.

Datum: Fr.29.6.90
Uhrzeit: 19⁰⁰ Uhr

Ort: LINKS TREFF
Weddingstrasse 6 1/65
Verkehrsverbindungen:
U6 Wedding
U9 Leopoldplatz

RASSISMUS GEHT VOM STAAT AUS

Veranstalterin:
FAU/IAA ORTSGRUPPE BERLIN WEST
(Freie ArbeiterInnen Union / Internationale ArbeiterInnen Assoziation)

ERKLÄRUNG DER BESETZER/INNEN DER REMISE DANKELMANN 54

Nachdem mehr als 6 Monate der Besetzung und der Verhandlungen vergangen sind, soll die Remise nun zur "Räumung freigegeben" werden. Sie, Herr Dyckhoff, versuchen diesen politisch nicht zu rechtfertigenden Entschluß mit der Behauptung, wir - die BesetzerInnen - seien nicht "verhandlungswillig", zu begründen.
Diese Behauptung ist falsch.
Wir werden die Remise weiterhin besetzt halten, falls sie keine plausible Erklärung für eine Räumung geben können und fordern Sie daher auf, uns folgende Frage schriftlich zu beantworten:
1a) Ab welchem Zeitpunkt und in welcher Art soll die Remise genutzt werden, falls wir das Gebäude verlassen?
Wir erwarten einen (!) konkreten nachprüfbaren Nutzungsplan und keine fixe Idee.
Die Nutzungspläne die uns in der Vergangenheit präsentiert wurden, sowie der jetzige Nutzungsvorschlag erwecken den Eindruck, daß es nur darum ging, unsere Hausbesetzung gegen andere Projekte auszuspielen in Mißkredit zu bringen.
- Es wurde, grob gesagt, monatlich ein neuer Vorschlag gemacht.
- Die Finanzierung der Projekte war nicht sichergestellt.
- Die Pläne für die Ersatzobjekte existieren nicht.
Die Gründe waren allesamt unglaubwürdig und unsere Skepsis ist durch die Realität begründet.
- Keines der Projekte, die vormals genannt wurden, wird durchgeführt.
Da Sie die obengenannte Frage noch nicht zu unserer Zufriedenheit beantwortet haben, sehen wir keinen Grund, die Remise zu verlassen. Wir lehnen das Alternativangebot aus diesen und folgenden Gründen ab:
- Die Wohnungen sind für uns alle zu klein.
- Wohnen, unseren Vorstellungen entsprechend, nämlich kollektiv und selbstbestimmt, ist dort nicht möglich.
- Es gibt zur Zeit keinen plausiblen Grund, die Remise zu verlassen.
Falls wir das Angebot wahrnähmen, nähmen wir anderen an diesem Umsatzprojekt interessierten Gruppen Wohnraum weg.
- Der Mietvertrag ist auf zwei Jahre befristet.
- Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß eine dauerhafte Lösung in Aussicht steht (die persönlichen Zusagen von Einzelpersonen nutzen uns in diesem Fall <u>nichts</u>!
Um die von Ihnen für gescheitert erklärten Gespräche fortzusetzen, stellen wir einen Alternativvorschlag zur Diskussion:
- Wir - die BesetzerInnen der Remise - setzen das Haus in der "Gardes du Corps-Straße 7" instand, um in der Remise Platz für ein anderes Projekt zu schaffen. So könnte billiger Wohnraum erhalten bleiben und ein Abriß verhindert werden.
Dies ist angesichts der momentan schlechten Wohnungssituation dringend erforderlich.
Unser Vorschlag ist mit folgenden Forderungen verbunden:
- Rücknahme der Räumungsdrohung.
- Duldung der BesetzerInnen der Remise bis zum voraussichtlichen Baubeginn.
-Vorstellung eines konkreten Nutzungsvorschlages für die Remise.
Wir bitten Sie des weiteren um die Beantwortung der folgenden Frage:
- Wie hoch sind die Kosten, die Remise einer (vorübergehenden) Wohnnutzung durch uns, die BesetzerInnen, zuzuführen bzw. um die bauordnungsrechtlichen Vorgaben zu erfüllen?
Wir bieten Ihnen daher einen Begehungstermin für die Remise an.
Wir bitten Sie, dieses Schreiben bis zum 15.6.1990 zu beantworten (längere Zeitspanne in Bezug auf die Frage 1a.)

Die BesetzerInnen der Remise



Alles Wurschtelt vor sich hin – Doch wo bleibt da noch der Sinn ?

Dieses Flugi entstand nach der Gesamt-Häuser u. Plätze VV, zu der in der Interim Nr. 103 eingeladen worden war.

Das BesetzerInnen-Plenum, zu dem am 31.5.90 auf dem Conny-Wissmann-Platz aufgerufen wurde, sollte der Anfang sein, das eingeschlafene Häuserkampf-Plenum wieder aufleben zu lassen!

Auf dem Plenum waren ca. 50 Leute. Kurz vorgestellt haben sich nur wenige (31) Projekte. Das lag m.E. sicherlich daran, daß es schwierig ist, für ein ganzes Haus/Platz zu reden, wenn dort gar nicht mehr diskutiert wird. Ansonsten war es leider ziemlich krampfich. Wie so häufig kam eine Diskussion wegen abzuklärender dates nur sehr schleppend zustande und war eher ein Rätseln, warum die Diskussion so schlecht lief.

Es blieb fraglich, ob ein berlinweites BesetzerInnen- Plenum von uns denn überhaupt gewollt wird. Konkrete Vorschläge gab es nur zur Frage, was ein "Häuser-Plenum" sein könnte.

Wir denken, daß eine W3- oder sogar ein berlinweites Plenum gut und wichtig ist.

was wir gut finden, um es in einem sol-

Was wir uns überlegt haben, chen Forum abzuquatschen:

- versuchen, Probleme einzelner Projekte (Faschoangriffe, Stress mit den Schweinen, Wie stellen diese sich ihre/unsere Zukunft vor) mit denen anderer zu vergleichen, und daraus eine gemeinsame, koordinierte Struktur zu basteln
- Technics verbessern

Brecht die Macht

- eine Struktur hinzukriegen, die uns befähigt, daß endlich mal nicht alle Projekte sich um jeden Kram allein kümmern müssen (Arbeitsteilung ???)

weltweit!

- den Häuserkampf an der aktuellen Situation orientiert wieder mehr politisch bestimmen:

Widerstand in Europa?!

" Sind wir überhaupt noch eine Bewegung ?"
" Lassen wir uns gerade nicht nur auf Teilbereichskämpfe ... (Faschos abwehren...) ?"

Shell raus aus Südafrika!

" Haben wir noch eine offensive, antikapitalistische Bestimmung ?
" Wie revolutionär sind wir eigentlich ?"
Wann haben wir uns zum letzten Mal mit verschiedenen Widerstandsformen auseinandergesetzt ?"

DEN WIDERSTAND IN DEN STÄDTEN ORGANISIEREN. JETZT.

- wir wollen endlich mal wieder peppige , laute, starke Demos organisieren, uns nicht immer nur als winziger schwarzer Block einmachen lassen.
- Öffentlichkeitsarbeit, die endlich auch über die Scene raus interessierte Menschen anspricht

Solidarität mit den Gefangenen aus Grapo und PC(e)R und allen anderen Gefangenen

Achtung!!!!! Jetzt kommt ein Versuch euch für die nächste VV zu mobilisieren.

Am 20.6 im DRUGSTORE Um 19°°

Macht euch für die VV selber mal nen Kopf, was besprochen werden soll, welche Perspektiven, ... und sprecht euch in euren Projekten untereinander ab.

ZUSAMMEN KÄMPFEN

Hinter dem Faschismus steht das Kapital

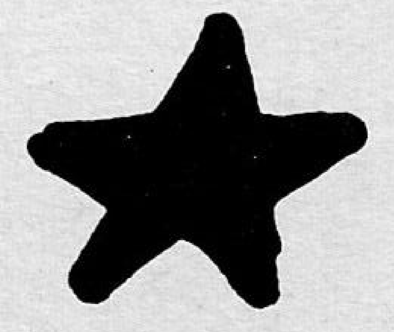
Solidarität mit/unter den besetzten Häusern und Plätzen

EUROPA '90

Holland : 2 Häuser in Groningen geräumt
140 Festnahmen - die Leute seit Sa dem 26.5.90
im Knast

Spanien: Die Hungerstreikbewegung kämpft seit 184 Tagen für menschenwürdigere Haftbedingungen der Gefangenen aus GRAPO und PCR - Spanien geht über Leichen - 1 Toter nach 177 Tagen Hungerstreik

BRD : Über die Hochstilisierung der Hafenstraße zur RAF-Kommandozentrale wird die Hausbesetzer-bewegung insgesamt kriminalisiert, um ähnlich wie gerade jetzt in Holland zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Progromstimmung zu schaffen, welche es ihnen erlaubt mit absoluter Härte gegen uns vorzugehen

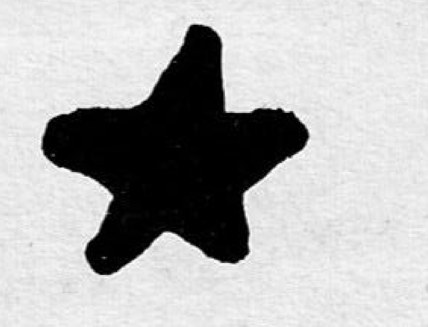


Näheres zu den Ereignissen in Holland:

Nach der Räumung der Tesselchadestraat in Amsterdam im Februar bei der militant um die Häuser gekämpft wurde und es keine Festnahmen gab, reißen die Politiker-und bullenstimmen nach härteren Durchgreifen nicht mehr ab.
Seit Anfang des Jahres erscheinen Vorfälle rund ums WNC in den Medien ganz Hollands-das WNC wird ins Gesräch gebracht; jede Kleinigkeit ausgeschlachtet.
Die übelste Stimmungsmache wurde mit einem Selbstmord getrieben : Ein Mensch aus der Kraaker-bewegung hatte sich vom Dach des WNC gestürtzt. Die Bullen streuen das Gerücht, daß die Hausbesetzer den Menschen umgebracht hätten . Zum Zeitpunkt der Räumung wird von den Bullen verbreitet , daß die "Randale" von den Leuten ausgeht, die vor 3 Monaten einen ihrer Freunde umgebracht haben. Hiermit sollen Hausbesetzer zu "Mördern" gemacht werden.
Derartige Propaganda und Hetze, die Kriminalisierung der ganzen Scene, soll eine Stimmung in der Bevölkerung schaffen die selbst die "liberalen Holländer" dazu bringt keine Toleranz mehr für Hausbesetzer aufzubringen - die Rechnung geht auf - ein PROGROM ist geschaffen!!

Hier eine Beschreibung des Räumungsablaufes von Samstag bis Sonntagmorgen:
Nach einer Woche totaler Observation durch Zivibullen und einer Sondereinheit gegen Hausbesetzer und ständiger Bullenpräsenz in der Stadt, beschließen die Kraaker und ihre UnterstützerInnen diesem Psychoterror ein Ende zu setzen.
Um 4 Uhr früh am Samstag werden Barrikaden gebaut, die bis 9 Uhr morgens gehalten werden. Danach ziehen sich die Kraaker ins Haus zurück, was dann 24h von den Bullen belagert wird.
Die Bullen warten in dieser Zeit auf Spezialeinheiten aus Amsterdam. Am Sonntag um 9h30 wird das Haus dann von 400 ME (Mobile Einheiten) Bullen gestürmt.
Alle 139 Leute aus den Häusern werden eingefahren und auf's ganze Land in Knäste verteilt.

DEMO ⇒ HÖCHSTWARSCHEINLICH NEXTE WOCHE GROßDEMO/NL (9.6.)



Zur Situation der Inhaftierten:
Es gibt in Holland keine Ausweispflicht, d.h. normalerweise wird mensch nach 3 Tagen wieder freigelassen, wenn keine konkrete Anklage vorliegt. Diese Frist kann in Sonderfällen auf maximal 42 verlängert werden.
Von den 139 Festgenommenen haben bisher nur 3 Leute Angaben zu ihrer Person gemacht, der Rest verweigert nach unseren Informationen jegliche Aussagen.
Es gibt die Einschätzung, daß die Menschen bis zu 42 Tage und länger gefangen gehalten werden.

Im ZUge der Linie, die in Holland gefahren wird , räumten die Bullen drei Tage später , am Mittwoch dem 30.5., das PKW , das Haus, in das die Leute aus dem WNC ihre Sachen gebracht haben und in dem sie, nach der Räumung ihres Hauses leben wollten.
Das PKW war das dem WNC am nächsten gelegene besetzte Haus, das in engem Kontakt zum WNC stand.
Die Räumung fand ohne jegliche Vorankündigung und unter völliger Kontrolle der ME statt.
Mit der fadenscheinigen Begründung, Brandgefahr' ist das PKW für unbewohnbar erklärt worden

In Groningen wird gerade von den Herrschenden versucht, ein Exempel zu statuieren, wie man innerhalb weniger Tage das gesamte Widerstands-potential einer Stadt zerschlagen kann.

Die Politiker versuchen jetzt eine Verschärfung der Sicherheits-gesetze durchzudrücken , die vorher in den "liberalen Niederlanden" auf Widerstand gestoßen wäre.

EUROPA 90: In Groningen haben deutsche und holländische Bullen, wenn auch noch nicht praktisch, aber strategisch zusammengearbeitet.
Es zeigt sich extrem in Holland, Norwegen, Dänemark, Spanien und der Brd, daß die Schweine mitten in ihrer Zerschlagungs-strategie sind und wir noch immer vereinzelt und punktuell unsere Kämpfe führen. Auf der T.R.E.V.I.-Konferenz (T.R.E.V.I. =Terrorism-Radicalism-Extremism-Vandalism-International) wurde 1987 beschlossen den politischen Widerstand in ganz Europa bis '92 zu zerschlagen.

WIR MÜSSEN ZUSAMMEN KÄMPFEN!!
KOMMT ALLE ZU DEN PHANTOMENALEN TAGEN
23.-30.6.

ZU DEN ICC-TAGEN
26.-29.6.
NACH HAMBURG

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!!

FEUER UND FLAMME FÜR JEDEN STAAT!!

Gehören die besetzten Häuser denen, die darin wohnen?

Ostberliner BesetzerInnen im Kampf um Verträge und Legalisierung

"Alle Verträge oder keiner!", "Wir lassen uns nicht spalten!". Das sie immer wieder bekundeten und vertretenen Kernpunkte der im BesetzerInnenrat zusammengeschlossenen Häuser von Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain. Grosse Worte, aber schwer zu realisieren. Vor allem deshalb, weil die alte und neue Bürokratie blockiert, Verhandlungen verschleppt und veranwortliche Bürokratenseelen nur schwer an den Verhandlungstisch zu bekommen sind. In den Räten grassierte über Wochen die nicht-zuständig-Kur-Urlaub-Krankheit-Terminschwierigkeiten-Epedemie.

Dabei fing alles verheissungsvoll an. Damals im Herbst ging es durch alle Medien: "Schönhauser Allee 20/21 - das erste besetzte Haus in Berlin." Transparente, rot-schwarze Fahnen, Losungen an der Fassade, Grosse Versprechungen der Räte, Erklärungen, Zugeständnisse in die laufenden Kameras geplappert.

Was folgte, war eine Kettenreaktion. Immer mehr Häuser wurden besetzt. Dabei waren auch Westberliner. Von 70 Häusern ist die Rede. Besetzen war einfach, Verhandeln schwierig. Die BesetzerInnen liefen sich über Wochen und Monate die Hacken ab, von Pontius zu Pilatus und wieder zurück. Alle mit mehr oder weniger den gleichen Ergebnissen: "Wir sind nicht zuständig", "Wenden Sie sich an den Rat", "Kommen Sie morgen oder nächste Woche wieder", "Mit Ihnen verhandeln wir nicht", trallala, etc..

Da klar war, dass es die einzelnen Häuser aus eigener Kraft nicht schaffen, bildete sich bereits im Januar der Ostberliner BesetzerInnenrat. Nach anfänglichen Schwierigkeiten und Verständigungsproblemen ist seit kurzem der BesetzerInnenrat aktionsfähig. Mann/frau beschloss, koordiniert über den BesetzerInnenrat, der Bürokratenclique auf den Leib zu rcken. Zusammen mit der Vereinigten Linken gelang es über den Runden Tisch Berlin, einen gemeinsamen Verhandlungstermin im Roten Rathaus mit Magistrat, Polizei, Räten und KWVen der Stadtbezirke zu erwirken.

Am 25. April um 17.00 Uhr fanden sich dann auch HausbesetzerInnen, Vereinigte Linke, Poleizeichefs der Stadtbezirke und Bürokraten der Stadt und der Stadtbezirke ein. Jedoch was da an Bürostrategen herumsass! Vertreter von Vertretern, Personen ohne jede Kompetenz. Die Herrschaften des Rates des Stadtbezirks und der KWV Prenzlauer Berg waren gar nicht erst erschienen. Die KWV-Stellvertreter von Mitte und Friedrichshain bekundeten Verhandlungs- und Vertragsbereitschaft. Nur Häuser, die bereits auf dem Bebauungsplan 1990 ständen, könnten keinesfalls mit Verträgen rechnen. Man würde dort in jedem Fall eine "Entsetzung" vornehmen. Ulf Heitmann, Mitarbeiter einer Rechtsanwaltsfirma, die hauptachlich Hausbesetzer und Bürgerinitiativen vertritt, machte klar, dass bereits Konzepte für Sicherungsverträge vorlägen, die man beim nächsten Mal vorlegen würde.

Beim nächsten Termin konnten dann wegen der Kurzfristigkeit des Termins und zu ihrem unsäglichen Bedauern wieder mal der Rat und die KWV Prenzlauer Berg und dazu noch die von Mitte nicht teilnehmen. Das Sicherungskonzept wurde besprochen und an verschiedenen Stellen verändert. Nochmals betonte der KWV-Mensch von Friedrichshain, dass es in seinem Stadtbezirk keine Verträge an Häuser des Bebauungsplanes 1990 geben wird. Und er machte es diesmal namentlich fest: Mainzer Strasse und Kreutziger Strasse. Das war klar, da hat das Westkapital bereits seine Spekulantenfinger drin (siehe "telegraph" Nr. 5 und 6). Natürlich dementierte er, darauf angesprochen. Ansonsten wurde beschlossen, den erlauchten Bürokraten bis zum nächsten Mal das Konzept des Sicherungsvertrages zukommen zu lassen, woraufhin der Kollege Friedrichshain einen gemeinsamen Vertragsabschluss ablehnte. Unangenehm fiel auf, dass die Vertreterin der Vereinigten Linken dem BesetzerInnenrat riet, keine Neubesetzungen zuzulassen bzw. Neubesetzer zum Verlassen der Häuser zu veranlassen, da sonst die Verhandlungen erschwert würden. Ansonsten verlief das Treffen mit allgemeinem Gelaber und ohne wesentliche Ergebnisse. Als sich alle am 9. Mai wiedertrafen, war zum ersten Mal Rat und KWV des Stadtbezirks Prenzlauer Berg vertreten, was dadurch ausgeglichen dass die Epedemie auf Friedrichshain übergegriffen hatte. Auch diesmal war an Vertragsabschlüsse nicht zu denken. Die Füllfederhalter von Prenzlauer Berg und Mitte taten völlig inkompetent und unwissend hinsichtlich eines Sicherungsvertrags-Konzeptes, das sie erst am Vortag erhalten hätten und daher keinerlei Aussage treffen könnten. Dafür kamen Drohungen: In der Adebertstrasse, wurde behauptet, hätten die Anwohner Angst, weil das besetzte Haus (nämlich gegen die Nazis) verbarrikadiert und gesichert wurde. So etwas dürfe nicht passieren. Der Vertreter von Prenzlauer Berg, Ribuschatis, zuständig für Rekonstruktion und Instandsetzung meinte, es gebe in Rat und KWV Stimmen, den Besetzern im Prenzlauer Berg keine Verträge zu geben, ehestens könne man sich auf ein Duldungsverhältnis für einzelne Häuser einlassen, das müsse aber erstmal beraten werden. Im übrigen würde für das Haus in der Schliemannstr. 39 nicht die BesetzerInnen, sondern ein gewisser Herr Schönitz mit seinem Verein den Vertrag erhalten. Wie sich dann herausstellte will Schönitz im Erdgeschoss des Hauses ein Fitnis-Center und einen Massagesalon und in den oberen Räumen Wohnräume einrichten (Nachtigall, ick hör dir trappsen!). Schwierigkeiten bereitete selbst die Findung eines neuen Termins. Ein Besetzer, der hinter Ribuschatis stand, wies darauf hin, dass dessen Terminkalender völlig leer sei, was dieser mit kaltem Grinsen kommentierte und bei einem "eventuell" blieb.

Dies alles reichte dann den BesetzerInnen. Einen Tag später wurde gemeinsam besetzt. Und zwar der Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, Abteilung Wohnungspolitik. Damit gelang es immerhin den Stadtbezirksbürgermeister und den Stellvertrendenden Chef der KWV und Bauchef, einen gewissen Herrn Schejock herbeizurufen (letzterer aus Schweinereien der vergangenen Jahre gut bekannt). Schejock führte die Verhandlungen und leitete mit einer Drohung ein: "Ich muss Sie rein formal darauf aufmerksam machen, dass Sie mit Ihrer Besetzung eine Unregelmässigkeit begehen und zwar in Form eines Hausfriedensbruches." Weiter führte er aus, dass der Behörde das Problem bewusst sei, dass man aber derzeit mangels Geld nichts machen könne. Aber man sei bemüht und war sowieso immer bemüht und und und. Die Stadtbezirksbürokraten notierten noch einmal alle Häuser und sicherten überprüfung und ein Konzept für die nächste Verhandlungsrunde zu. Probleme gebe es mit der Schliemannstr. 39 (Fall Schönitz), der Prenzlauer Allee 203 (nicht genehmigte Baumassnahmen) und der Lottumstrasse 26 mit Brandanschlägen auf das Haus und daraus folgenden Anzeigen gegen die BesetzerInnen (???).

In den nächsten Tag brachten dann die BesetzerInnen die Räte der Stadtbezirke Friedrichshain und Mitte mit Besetzungen auf Trab.

Die nächste Verhandlungsrunde fand nicht im Roten Rathaus, sondern im Haus der Demokratie statt, weil die Herren der Räte das Gerücht erreicht hatte, dass die Besetzerin im Falle mangelhaften Beratungstempos eine Besetzung des Roten Rathauses planten. Es war diesmal eine erstaunlich vollzählige Versammlung. Nur die Herrschaften aus Friedrichshain waren scheinbar wieder alle krank. Der neu hinzugekommene "Mittler", ein Stadtrat für Wohnungspolitik, erläuterte das Konzept: Duldungsvertrag, Sicherungsvertrag, Muster-Nutzungsvertrag. Alle bekämen mindestens einen Duldungsvertrag. Dieser für Häuser, die für Baumassnahmen vorgesehen sind, oder wie Herr Scheock etwas später äusserte, zur "planmässigen Instandsetzung". Verträge würden jedoch nur mit "juristischen Personen" unterzeichnet, also Vereinen, angemeldeten Vereinen, Genossenschaftewn etc.. Für Häuser, die noch keine dieser Organisationen gegründet hätten, wurde eine einseitige Erklärung zur vorübergehenden "Duldung" angeboten. Anschliessend wurde erläutert, wer für welchen Vertrag vorgesehen ist und Termine für Einzelverhandlungen abgeklärt. Im Fall Schönitz wurde ein Klärungstermin mit allen betroffenen Parteien vereinbart. Für Friedrichshain wurde ein neuer Termin zwischen Bezirksbürokraten und BesetzerInnen vereinbart, dessen Realisierung "Mittler" Reinhard zusicherte.

Die ersten Einzelverhandlungen sind nun bereits angelaufen, werden jedoch erst Anfang/Mitte Juni abgeschlossen sein. Das Ergebnis ist abzuwarten. Die BesetzerInnen jedenfalls bleiben dabei: "Verträge für alle." Duldungsverträge werden abgelehnt, da es sich hierbei sowieso nur um Verschleppungsmanöver handle. Ob die Bürokratenclique mitspielt, bleibt abzuwarten. d.w.

aus: "telegraph" (Berlin - Hauptstadt der DDR)

VOLXSPORT

Wir haben in der Nacht vom 8. zum 9.6 gegen 2 Uhr mit einem "Tränengaswurfkörper" der West-Bullen und 2 Mollies einen kurzen Abstecher zum besetztem Fascho-Haus in der Ost-Berliner Weitlingstr. unternommen.
Die CS-"Granate" konnten wir leider nur auf einem Balkon im 2. Stock platzieren. Wir hoffen aber dennoch, daß Nasen und Augen der Faschobrut mit dem Duft antifaschistichen Widerstandes Bekanntschaft machten.
Die beiden Mollies setzten Ladentür und einen Rolladen in Brand.
Die Faschoschweine waren völlig unvorbereitet und konnten überhaupt nicht reagieren.

Diskutiert diese Form des Widerstandes und organisiert den militanten Kampf gegen Faschisten in Ost und West!!

Setzen wir uns zur Wehr – Gemeinsam sind wir stark!!

Der sanfte Beginn

Einbruch in RCDS-Büro in Ost-Berlin

In die neu eingerichtete Geschäftsstelle des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) im ehemaligen Zentralratsgebäude der FDJ in Ost-Berlin ist eingebrochen worden. Einer Mitteilung des RCDS zufolge durchwühlten die unbekannten Täter die Büroräume Unter den Linden und verschmutzten sie. Durch Schmierereien an den Wänden hätten sich die Täter als „Autonome" bezeichnet, heißt es in der RCDS-Mitteilung.

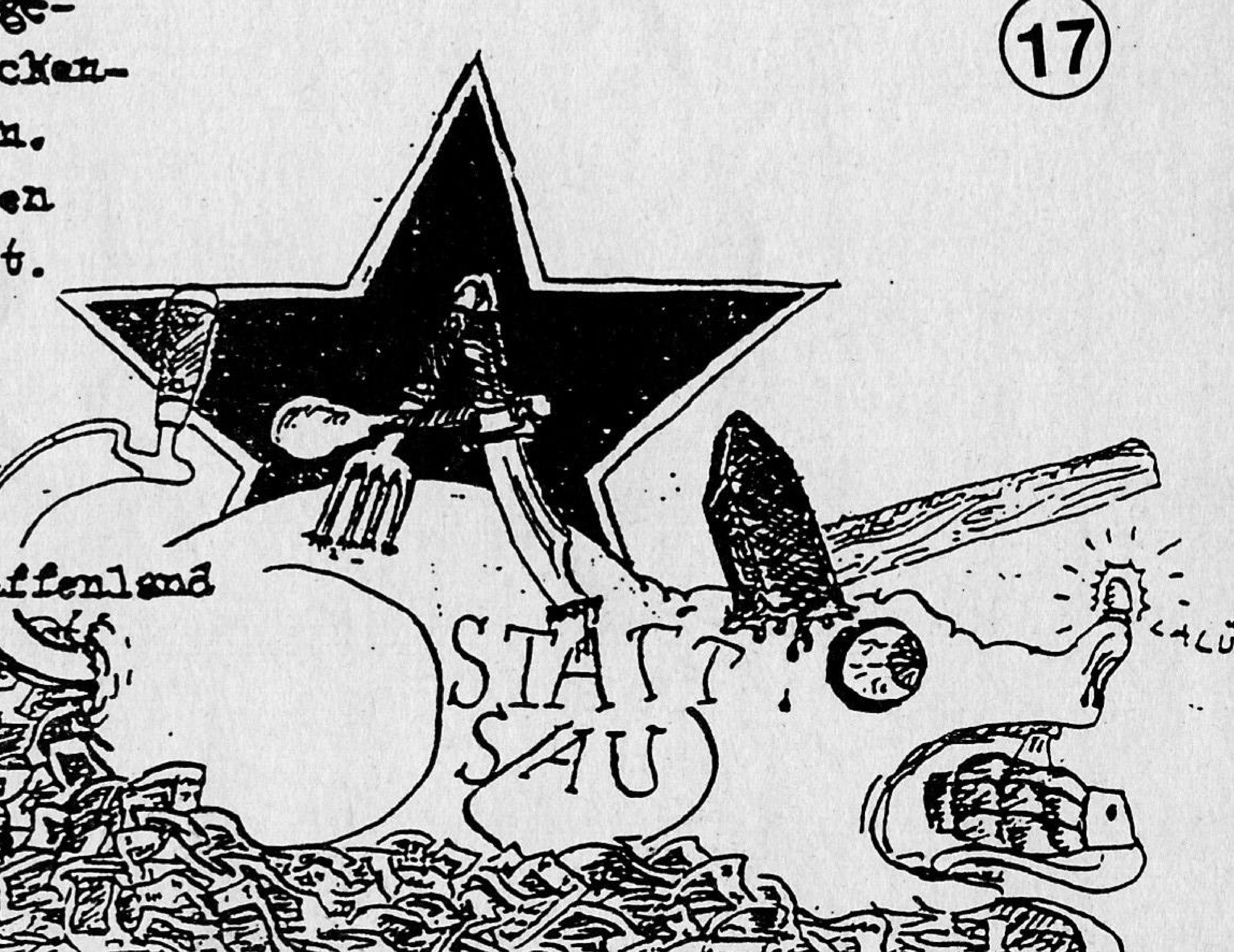
Gestohlen worden seien unter anderem die vom RCDS von den Balkonen gehängten Deutschlandfahnen, heißt es in der Mitteilung des RCDS-Landesvorsitzenden Michael Kunert.

(Tsp)

VOLXSPORTKÜCHE

wir sind am 15.6.90 der einladung des behutsamen sanierungsträgers stattbau zur eröffnung ihrer neuen filiale der internationalen stadtstrategen in die urbanstr.116,hh,3.&4.etage,gefolgt.
durch eine stahltür kamen wir in eine ca.400qm grosse,stilvolle etage mit vielen weissen wänden, grossen fenstern und glastüren,in der die sozialstrategen ihre neuen pläne zur umstrukturierung, glattsanierung und befriedung ganzer stadtteile aushecken.
aus den"schweinen in latzhosen" von vor 10 jahren sind inzwischen satte schweine in anzug&kostüm geworden,die sich bei meeresfrüchtesalat,artischockenherzen,braten und pasteten feiern lassen wollten.
da mussten natürlich auch wir zugreifen und haben die stattsau(n paar kilo kasslerbraten) entführt.
ob es für die herbeigeeilten staatsbüttel noch bananen gab entzieht sich unserer kenntnis.

verfressene zellen
kommando freier eintritt ins schlaraffenland
bis zum nächsten mal !!!



KAFFE BONZEN KLATSCHEN

Ca. 400- 500 Leute haben sich um 18.00 Uhr vor dem Zirkuszelt Rondalli versammelt, um die Kaffee- Mafia zu "begrüßen". Ein ziemliches Bullenaufgebot war auch da. (Für die Macht der Reichen...) Anfangs war eine nette Stimmung und auf den mitgebrachten Transparenten waren unsere Inhalte auch gut zum Ausdruck gebracht. Der erste Reisebus wurde auch gleich mit vielen ~~und~~ bunten Farbeiern "verziert". Als sich aber keiner (es waren natürlich fast nur Typen) von den Schweinen blicken ließ, sind wir alle vor's interkonti um se da zu begrüßen. Paar Kracher, und der lustig-organisierte "Sturz" eines Schweins trugen zur allgemeinen Belustigung bei. Die SchweineBullen haben uns dann verdrängt, und wir sind zum Zirkus zurück. Diesmal zu dem anderen Eingang (Lützoplatz) wo die Schweinebullen dann auch ziemlich in die Menge geknüppelt haben, Sie haben uns auch mal wieder auf die dichtbefahrern Strasse getrieben (Göttingen?) obwohl die Leute die Situation aber noch im Griff hatten. Und für die Schweinebullen, in ihrem Knüppelwahn stellt so was auch 'ne Gesundheitsgefährdung dar. Ihnen ist aber leiden nix passiert. Es gab viele Verletzte auf unserer Seite und 7 Verhaftungen.

Absolut Scheiße war, daß die vorbeifahrenden PassantInnen auch mit Kaffeebohnen etc. beschmissen wurden. Verständlich daß Mensch seine Aggressionen loswerden will, und paar so Kaffeebohnen bringen auch keinen um und überhaupt -don't forget to have fun- aber wenn wir 'ne Demo aufgrund mangelnder Anzahl von Leuten nicht so verlaufen lassen können, wie wir möchten, in diesem Fall das Kaffee-Bonzen KLATSCHEN sollten wir darauf schauen unsere Inhalte gut rüberzubringen, und dieGesellschaft ist doch bei "3. Welt" Actions doch schon einigermaßen sensibilisiert. Ob wir allerdings durch solche Aktionen die Leute überzeugen ist fraglich.
Aber diese primitiven Wachfaschos vom Roncalli dürfen sich auch noch auf einen Besuch freuen.

Liebe Grüße an das Shell-Team vom 14.06.
Liebe und Kraft den Gefangenen!

Die Verhaftungen und Verletzten hätteb wir vielleicht umgehen können wenn wir uns besser geschützt hätten (Ketten!!). So sind die Leute immer einzeln rum und somit natürlich für die Bullen besser greifbar.

Die folgenden Absätze fehlten in der letzten Nummer am Ende des Textes

Reichenärger ohne Ende

über 50 wohnungen - das macht ein einheitliches vorgehen ziemlich schwierig. zum "glück" gibt es im haus jedoch kaum welche, die mit einer privatmodernisierung einverstanden sind und das macht es dann wieder ein bißchen einfacher, sich gemeinsam zu wehren. aber es zeigt sich natürlich auch bei uns im haus wie schwierig und nervig es ist, gegen die zunehmende ellbogenmentalität (oder das ohnmachtsgefühl) bei den leuten anzukämpfen, denen es plötzlich an die eigene substanz, an die existenzgrundlage geht, oder die schon länger auf der straße gesessen haben. wenn da ein zuckerbrot winkt, zeigt sich,wer nur daran denkt, den eigenen arsch ins trockene zu bringen, teils mit schlechtem gewissen, teils auch ohne.

aber immerhin lassen sich mehr als 20 wohnungen von einem gemeinsamen anwalt vertreten und sind in eine mietergemeinschaft eingetreten (rechtsschutz bei den zu erwartenden klagen gegen die modernisierung).
und ansonsten wird es den vielen herren, die hier tag für tag durchs haus rennen, so schwer wie möglich gemacht ihre pläne zu verwirklichen. durch permanentes behindern und sabotieren ihrer arbeit haben sie bereits viel zeit (und geld!) verloren.
(neulich sollen welche einige zeit im keller verbracht haben, da "aus versehen" jemand die kellertür von außen zugemacht hat.)
das frischstudierte architektentrio (D3, otto-suhrallee 7.) das alle wohnungen begehen wollte, ist erstmal bei kaum einer/m mieterIn reingekommmen. denn die hausverwaltung hatte wohl gedacht mit einem kurzen ankündigungszettel im flur wäre die sache schnell erledigt - aber vermieter bleibt vermieter und der hat mit jeder einzelnen wohnung schriftlich einen termin zu vereinbaren. nachdem das passiert war, waren sie inzwischen in allen wohnungen drin, mit ausnaheme der besetzten, denn da haben sie nix zu suchen.
bei einer begehung, durch duplex persönlich, in einer wohnung die zum teil gemietet, zum teil besetzt ist, konnte dank tatkräftiger unterstützung von 30 frauen und männern die begehung des besetzten teils verhindert werden.(grüße an alle unterstüt - zerInnen!!)

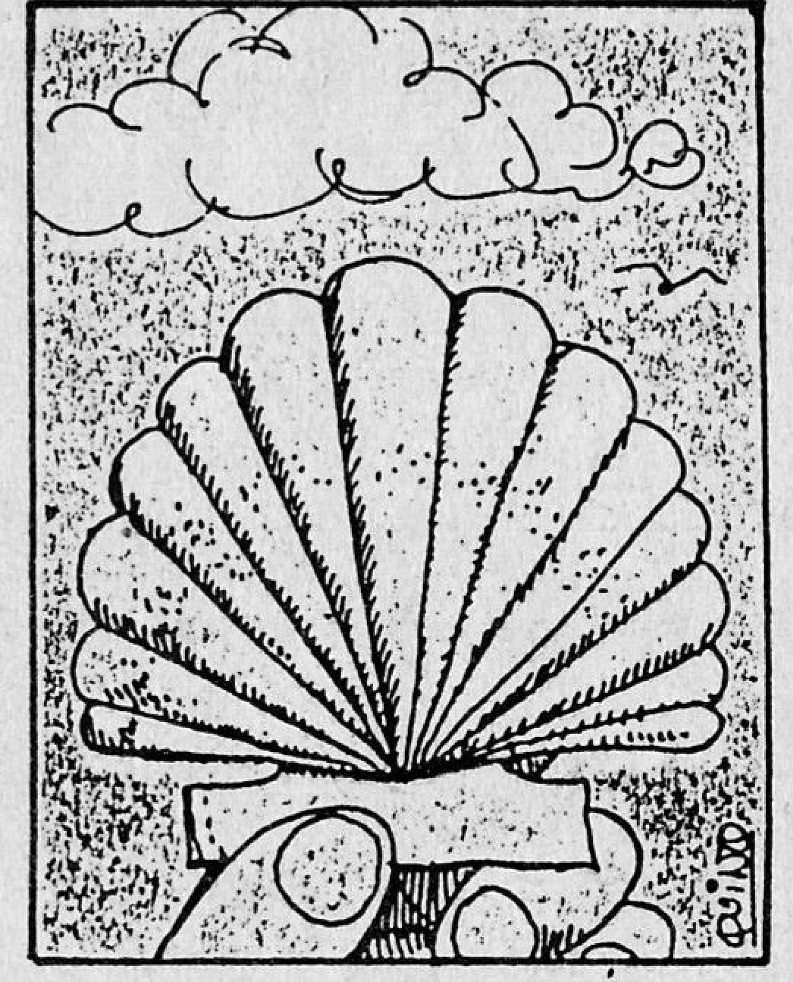
außerdem haben die neuen besitzer vom bauaufsichtsamt auflagen, so daß sie gezwungen sind, als erstes die keller und die erdgeschoßwohnungen sofort instandzusetzen.
dies alles wird wohl dazu geführt haben, daß sie uns jüngst verkündeten: DAS GELD REICHT NICHT FÜR DIE PRIVATMODERNISIERUNG !!!
sie haben sich schon bei S.T.E.R.N. (zuständig für behutsame stadterneuerung) erkundigt, wie das mit öffentlich geförderter modernisierung aussähe. zur zeit ist die duplex kg jedenfalls ganz schön im streß (was uns freut),hat doch weber alle beschissen; die 3mio abgezockt,verschwiegen, daß das haus bis unters dach voll ist,daß viele die miete mindern und die mietkautionene einbehalten...

Zur zentralen Shell-Tankstellenblockade am 16.6.

Im Vergleich zur Tankstellenblockade am Reichpietschufer im Januar waren wir am 16.6. recht wenige - ca. 200 Leute. Das mag daran liegen, daß die Aktionsform nichts Neues mehr war, oder, daß es parallel eine Reihe anderer Termine gab.
Wir selbst waren allerdings auch schlechter vorbereitet: aus der Koordination waren einige in Urlaub, andere nach Den Haag gefahren. Trotzdem war klar, wir wollten, daß am 16.6. was läuft. Insgesamt wurden jedoch weniger Gruppen angesprochen als im Januar, und einige der Angesprochenen konnten nicht (z.B. Trommelfrauen, Frauen mit dem gelben Riesentranspi usw.).
Nun ist ja nicht so, daß mehr Leute immer mehr Stimmung heißen muß. Am Samstag kam jedoch dazu, daß in der Grunewaldstraße kaum Verkehr war und die Bullen sogar noch die Straße für uns abgesperrt hatten. So war von Anfang an viel weniger Bewegung da als bei der letzten Blockade. Deshalb entschieden wir uns recht früh, zur Shell-Tankstelle in der Martin-Luther-Straße weiterzuziehn.
Wiegesagt, wir waren selbst recht wenige, nicht genug, um vorne mehrere Ketten zu bilden. Dies zur Selbstkritik: Vielleicht wäre es besser, in so einem Fall lieber nicht loszulaufen. Schon ziemlich schnell wurde das Ganze sehr chaotisch: viele Leute rannten Mal auf die eine, Mal auf die andere Straßenseite aus der Demo raus, weil von hinten Wannen ankamen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Bullen jedoch ziemlich zurückgehalten. Vorne beschränkten sie sich darauf, den Gegenverkehr zu regeln, und mit Sicherheit wären die Wannen hinter uns einfach hinter uns hergefahren. Die Hin- und Herrennerei verbreitete jedoch eine völlig unnötige Hektik. Als wir dann vor der Tanke ankamen, blieben wir stehen, auch die Leute mit dem Anfangsstranspi blieben stehen. Nur, weil ein paar Wannen angefahren kamen, rannten jedoch fast alle los, völlig panisch. Ab diesem Zeitpunkt war's dann nur noch hektisch. Bis zum Wittenbergplatz wurde überwiegend gerannt - es gab 2 Festnahmen in der Mitte und einige vorne, als die ersten Leute vereinzelt am Wittenbergplatz ankamen. Anstatt sich am Platz ersteinmal zu sammeln und da zu bleiben, ließen sich jedoch alle von den Bullen wegdrängen, als die ersten Bullen ankamen.
Unsere Kritik: es ist klar, daß die Bullen hinter uns herrennen, wenn wir erst Mal losrennen. Sie haben sofort mitgekriegt, wie hektisch wir alle waren - natürlich nützen sie das aus. Wir vermitteln einen anderen Eindruck, wenn wir geschlossen, mit Ketten, die Straße entlang gehen, als, wenn wir völlig konfus losrennen. Deshalb bleibt bei den 8 Festnahmen ein bitterer Nachgeschmack, sie wären mit großer Sicherheit zu vermeiden gewesen. Es gab auch 'ne ganze Reihe übelster Anmache von Seiten der Bullen, wo sie gezielt Leute immer wieder anrempelten, in der Hoffnung, daß sich diese provozieren lassen. Sie spielten ihre Stärke, die sie in dem Moment hatten, völlig aus.
Deshalb eine Hoffnung für die Zukunft: etwas mehr Selbstbewußtsein, wenn wir immerhin 200 leute sind, und eine gehörgige Portion weniger Angst vor den Bullen könnte uns nicht schaden.









Das ist die Abschrift des Beitrags von Neville Alexander



Neville Alexander

ist Mitglied der "Cape Aktion League" (gehört zum National Forum).Er lebt in Kapstadt.
Neville Alexander hat von 1959-1961 an der Uni Tübingen studiert, gehörte zu der Zeit den SDS an.
Zurückgekehrt nach Südafrika, wurde er 1963 unter der Besculdigung, eine Guerillaorganisation gegründet zu haben, verhaftet. In der BRD gab es viele Solidaritätsaktionen für seine Freilassung.1964 wurde er zu 10 Jahren Haft auf Roben Island verurteilt.
Seit seiner Freilassung 1974 ist er im Rahmen seiner Möglichkeiten - er stand lange unter Hausarrest - Teil der Bewegung zur Befreiung in Südafrika.

Ich werde versuchen, vor allem die Komplexität der südafrikanischen Situation zu analysieren. Ich kann nicht mehr, als das zu versuchen. Und ich werde in der Diskussion die unbehandelten Fragen und Probleme aufgreifen und das aufgreifen, wofür Ihr Euch interessiert.
Fangen wir mit der jetzigen Lage an. Wir haben alle gelesen, wir wissen alle, daß de Klerk, der jetzige Staatspräsident Südafrikasund sein Kabinett sich dazu entschlossen haben, einen Verhandlungsprozess in die Wege zu leiten. Sie sehen ihren gesprächspartner zunächst und vor allem im ANC (African National Congress) , aber selbstverständlich wollen sie die ganzen Befreiungsbewegungen, Gruppierungen dort, in den Verhandlungsprozess miteinbeziehen. Wie ist es dazu gekommen?
Ich glaube, wir sollten zunächst einmal über den Hintergrund der Entwicklungen etwas sagen. In erster Linie, was die grundsätzliche Ursache für diese neue Politik ist: der anhaltende Widerstand der unterdrückten Bevölkerung seit 1976, seit dem Soweto-Aufstand. Eigentlich ist Südafrika nie zur Ruhe gekommen seit 1976. Während der letzten 15 Jahre ist in Südafrika die anhaltende Situation von Aufständen in den Ghettos, in den Townships, in der letzten Zeit auch in den Homelands. Das ist wie gesagt die grundsätzliche Ursache, die Tatsache, daß vor allem in der Periode von 1984-1986 die Regierung Botha schon erkannt hat, daß es unmöglich ist, den Widerstand zu beseitigen.
- Vielleicht kann ich ganz kurz dazu sagen, daß Botha schon versucht hat, Was ich als leichtfertige, triviale Verfassungsexperimente betrachte, er hat versucht, das System anzupassen. Ich komme noch darauf zurück, warum sich das System jetzt anpassen muß. Das ist radikal und konsequent von der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung abgelehnt worden, und es wurde in dieser Periode des Notzustands klar, daß sie irgendwie versuchen müssen, authentische Rechte, Führer und Vertreter der Befreiungsbewegung der unterdrückten Bevölkerung miteinzubeziehen, in diesen Prozess. Auch dadurch, daß Schichten aus der Befreiungsbewegung kooptiert werden sollten.
Was den Zeitpunkt dieser Initiative angeht, würde ich sagen, daß die wichtigste Ursache eigentlich der Rückzug der Sowjetunion aus dem südlichen Afrika ist. Also, die Änderung, der Wandel in der Geostrategie der Sowjetunion ist meiner Meinung nach der wichtigste Grund, warum dieses Experiment j e t z t versucht wird.

Die Sowjetunion, wie Ihr vielleicht wißt, hat das ganz klar bestärkt, daß sie sich aus sämtlichen Konfliktzonen der Welt zurückziehen wird, um sich auf Perestroika und ihre eigenen Probleme zu konzentrieren.Und das ist auch im südlichen Afrika passiert. Die Sowjetunion hat durch verschiedene Sprecher ganz klar gemacht, daß sie nicht mehr bereit ist, den bewaffneten Kampf in Südafrika zu unterstützen. Obwohl de facto noch keine Abkommen und Versprechen gebrochen worden sind - der ANC bekommt noch immer militärische und auch andere materielle Hilfe von der Sowjetunion - aber t e n d e n z i e l l ist die Sowjetuniom nicht mehr bereit, den bewaffneten Kampf im südlichen Afrika zu unterstützen. Sowjetische Akademiker und andere Funktionäre sind sogar soweit gegangen, daß sie in den letzten Monaten behaupten, daß es in Südafrika in den nächsten Jahren - aauch im nächsten Jahrhundert - keine sozialistische Revolution geben wird. Aus diesen Tatsachen kann man meiner Ansicht nach schließen, daß die Sowjetuniom ganz einverstanden ist, mirt dem Versuch, Verhandlungslösungen zu dem südafrikanischen Problem zu finden. Dieser Rückzug der Sowjetunion hat sehr viele Indikatoren.
Der Rückzug der Sowjetunion hat ermöglicht, daß die namibische Frage auf "friedlichem Wege"-sehr viele Menschen sind in den letzten 20, 30 Jahren in Namibia umgekommen- gelöst wurde. In der letzten Zeit sind auch Versuche angestrengt worden, die angolanische Frage auf diesem Wege zu lösen. Das hat mit sich gebracht, daß die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen wurden, bis Ende Juni sollen alle kubanischen Truppen aus Angola zurückgezogen sein. Dieses Faktum hat es der südafrikanischen Regierung möglich gemacht, sozusagen Namibia in die Unabhängigkeit zu schicken, und zweitens sich zu überlegen, ob eine Verhandlungslösung in Südafrika selber nicht möglich wäre. Aus diesm Grunde, daß die südafrikanische Armee wiederum die wichtigste, die mächtigste Armee in Afrika südlich der Sahara sein wird, und das die Niederlage bei (?-schwitz,das ist nicht zu verstehen, d.s'in) in Angola in diesem Sinne der Sieg der angolanischen und kubanischen Truppen gewesen ist. Südafrika hat den Krieg verloren und den Frieden gewonnen.
Es ist auch wichtig, weil Organisationen, vor allen Dingen der ANC, durch die plötzlichen Veränderungen in der internationalen Lage, sich dazu gezwungen gesehen haben, eine neue Strategie zu versuchen.

Die Frontlinienstaaten sind durch die Destabilisierungspolitik Südafrikas völlig am Boden, zugrunde gerichtet worden. Mozambique wird von Südafrika rekolonisiert. Namibia ist trotz der politischen Unabhängigkeit eine Neokolonie Südafrikas. Botswana usw sind völlig abhängig von Südafrika. Simbabwe ist das einzige Land, das tatsächlich eine bestimmte, relative Unabhängigkeit von Südafrika behaupten und weiter halten kann.
Die ganze Region Südafrika als regionale Supermacht wird durch den Rückzug der Sowjetunion, durch den Rückzug der kubanischen Truppen, gestärkt.
Südafrikas Position, die Destabilisierungspolitik der letzten 10 Jahre, war sehr erfolgreich. Die Frontlinienstaaten können die Befreiungsbewegungen einfach nicht mehr unterstützen, wollen nicht mehr als Gastgeber auftreten. Schon 1969, im MANIFEST VON LUSAKA, haben 12 südafrikanische Staaten sich bereiterklärt, ihren Einfluß auf Befreiungsbewegungen auszuüben, "w e n n der "weiße Süden"" wie es damals hieß, "sich zu nichtrassistischen Lösungen im südlichen Afrika" bereiterklären würde. Und der "weiße Süden" ist mittlerweile auf die weiße Minderheit in Südafrika zurückgeschrumpft. Angola, Mozambique, Simbabwe sind mittlerweile freigeworden. Und wie gesagt: "der weiße Süden", das heißt jetzt die weiße Minderheit in Südafrika.
Kaunda ist ganz konsequent gewesen. Nach der Rede von de Klerk am 2. Februar 1990 hat Kaunda sofort gesagt, daß der ANC die Waffen niederlegen soll und in den Verhandlungsprozess mit de Klerk, mit der Regierung eintreten soll. Man darf nicht vergessen, daß Kaunda, Sambia, der wichtigste Gastgeber des ANC ist und bleibt.
Nun können wir von diesen Erwägungen weitergehen und uns fragen, ob diese Politik eine Chance hat. Da müssen wir also von zwei Seiten an die Sache gehen. Ersteinmal von seiten der Weißen: warum macht de Klerk das? (ich habe das schon gesagt, die haben das verstanden, seit 1986 spätestens, daß der Widerstand nicht niederzuschlagen ist, daß trotz aller Repression der Widerstand aufrechterhalten wird. Daß Organisationen wie der ANC, PAC, black conscious Bewegungen - schwarze Bewußtseinsbewegungen - und andere, daß diese Organisationen weiterhin eine Basis in der schwarzen Bevölkerung haben. Und daß sie weiterhin die Massen mobilisieren können.)
Sie haben sich also entschlossen, die Führungsspitzen der Organisationen irgendwie in diesen Prozess mit einzubeziehen.
Mandela hat - im Gefängniss schon - Gespräche mit der Regierung geführt. Es ist klar geworden, daß zwischen der Regierung und Mandela / oder anderen Führern des ANC eine Verständigung erreicht worden ist, nach der der ANC vom bewaffneten Kampf, also von der Strategie des bewaffneten Kampfes, auf eine Strategie der Verhandlungen umsatteln würde, w e n n die südafrikanische Regierung sich dazu bereiterklären würde, einen solchen Prozess zu starten. Natürlich ist auch sehr großer Druck aus dem Ausland gekommen. USA allen voran, die haben durch Sanktionen sehr großen Druck auf de Klerk ausgeübt. Ich glaube, daß im ANC selber große Kämpfe vor sich gehen, aber dazu später mehr. Und daß zum Teil die gemäßigte Führung die Organisation tatsächlich in diese Richtung der Verhandlungen anführt. Ich möchte das nochmal sagen, ich habe das auch gestern auf einer anderen Veranstaltung schon gesagt, daß ich das Wort "gemäßigte" sehr ungern benutze, weil es in Südafrika selber kaum jemander gibt, der freiwillig gemäßigt ist. Aber relativ gesehen, kann man von einer gemäßigten Führung im ANC sprechen.
Nun, um zu verstehen, welche Chancen es gibt, ob die wieße Minderheit tatsächlich bereit ist, de Klerk zu unterstützen - die Antwort ist natürlich: ja. - In den Septemberwahlen des letzten Jahres hat die große Mehrheit der Weißen für die Nationale Partei und die demokratische Partei gestimmt. Also, wie de Klerk das damals sagte, 70% der weißen Minderheit in Südafrika unterstützt die Perspektive einer Reformpolitik, einer südafrikanischen Perestroika (de Klerk nennt das so). Andererseits muß man aber bedenken, daß mehr als 30% der Weißen für die konservative Partei, die rechtsradikale Partei in Südafrika entschieden haben. Ein Faktum, das meiner Ansicht nach für Südafrika katastrophal werden könnte. Es ist ja so, daß in einer Zeit, in der keine großen Auseinandersetzungen im Land vorhanden sind, haben 31% der Weißen aus Angst, aus Verunsicherung und aus Rassismus gegen eine Reformpolitik gestimmt. In einer Zeit, in der Chaos im Sinne einer rassistisch3en Ordnung vorherrscht, würden meiner Ansicht nach weit über die Hälfte einer weißen Bevölkerung für die konservative Partei stimmen. Das hat man schon 1948 gesehen, als die United Party versuchte, eine Liberalisierung in Südafrika weiterzubringen, hat zunächst mal eine Minderheit der eigentlichen weißen Wähler, dann aber rasch 1953 eine große Mehrheit der weißen Wähler für eine rechtsradikale Partei wie die Nationale Partei gestimmt. Ich glaube, daß die Geschichte sich in diesm Falle wiederholen könnte und daß eine solche rechtsradikale Konterrevolution eine sehr große Katastrophe für uns darstellt.
Also, noch wichtiger, es ist eine Tatsache, daß de Klerk sich nicht so schnell bewegen kann. Ich gehe davon aus, daß de Klerk sich bewegen m ö c h t e. Ich muß das schon betonen, weil es ist meiner Ansicht nach ganz klar, daß die kurzfristigen Ziele der Regierung tatsächlich sind, den Druck der Sanktionen zu lockern, weil man eine wirtschaftliche Wachstumsrate von etwa 5% braucht, um eine Umverteilung der Resourcen des Landes über eine bestimmte Zeit herbeizuführen. Und tatsächlich ist es so, daß in den letzten acht Jahren etwa die Durchschnittswachstumsrate etwa 1% betrug. Das ist für ein Land wie Südafrika, also für die herrschende Schicht, einfach nicht akzeptabel. Die wollen also eine Lockerung von diesem Druck.
Zweitens versucht man selbstverständlich, wie ich schon gesagt habe, eine Schicht in der Führung der Befreiungsbewegungen zu kooptieren, auf die Seite der Regierung zu bringen.
Und drittens versucht man, die Befreiungsbewegungen zu spalten.
Ich glaube, daß das die eigentlichen kurzfristigen Ziele der südafrikanischen Regierung sind. Daß sie dem Westen aber ganz geschickt weiß macht, daß sie tatsächlich bereit ist, alles zu verhandeln, über alles zu sprechen: eine Person, eine Stimme, eine einheitliche Nation, Umverteilung der Resourcen usw usw.
Wenn de Klerk diesen Prozess nicht kontrollieren kann, wenn also die Aufstände in den Townships, in den Ghettos, in den Homelans, auf dem Lande...weiterhin ausbrechen wie jetzt, werden meiner Ansicht nach immer mehr weiße Leute zu der konservativen Partei übergehen und es kann sein, daß wir uns vor einer Situation

finden werden, in der die konservative Partei einen Wahlsieg davonträgt. Ich möchte dann auch hinzufügen, daß meiner ansicht nach in einer solchen Situation ein Militärputsch, paradoxerweise gegen den Rechtsradikalismus für eine sogenannte Liberalisierungspolitik inszeniert werden würde, um d a d u r c h diejenigen Änderungen herbeizuführen, die zur Rettung des Systems tatsächlich nötig sind.
Es istb ja paradoxerweise so, daß in Südafrika eine demokratische, parlamentarische Tradition - f ü r W e i s s e - existiert. Und daß die Regierung de Klerk, bzw irgendeine Regierung, diese Tradition nicht einfach ignorieren kann. Ihre Macht beruht auf einer weißen Wählerschaft, die total rassistisch ist, die aus diesem Grunde jetzt wie eine Bremse funktioniert gegen die Reformpolitik. Um diese Bremse zu beseitigen, die Wählerschaft einfach irrelevant zu machen, bräuchte es meiner Ansicht nach einen Militärputsch. Ich begehre nicht nach einer solchen Situation, aber ich sehe das als eine Möglichkeit, vor der wir uns in einigen Jahren finden könnte.
Auf der anderen Seite, auf der Seite der Schwarzen, der Unterdrückten:
-ganz kurz,möchte ich noch sagen,es sind in Südafrika drei große Strömungen unter den Schwarzen da,erstens die sogenannte chartaristische Strömung, diejenigen Organisationen und Idividuen, die die Freiheitscharta des ANC von 1955 als ihr politisches Programm akzeptieren, darunter auch die südafrikanische kommunistische Partei, das ist zur Zeit die größte, die wichtigste, tonangebende Strömung in der südafrikanischen Opposition. Das soll man nicht herunterspielen, es ist ein sehr wichtiges Faktum.
Denn die chartaristische Strömung geht davon aus, daß Südafrika ein existierender, wenn nicht unbedingt legitimer Staat ist, wo der großen Mehrheit der Bevölkerung Gleichberechtigung auf allen Bereichen des Lebens vorenthalten wird und daß also der Inhalt unseres Kampfes darinbesteht, daß diese Gleichberechtigung allen Menschen in Südafrika zugänglich wird, daß alle die gleichen Rechte haben sollen, also sie gehen nicht davon aus, daß die Regierung gestürzt werden muß - gar nicht.
Wenn die Regierung sich dazu bereiterklärte, die nötigen Veränderungen herbeizuführen, wird der ANC, wird die chartaristische Strömung ihr dabei helfen. Es ist aus der ganzen Geschichte des ANC herauszulesen,- abgesehen davon,daß der ANC vor 1960 eine ghandistische Massenpolitik betrieben hat- erst nach dem Massaker von Sharpville am 21.3.60 hat sich der ANC dazu entschlossen,- übrigens nicht die ganze -Organisation- den bewaffneten Kampf zu führen. Und das auch, damit begründet, daß es tatsächlich keine verfassungsmäßigen Kanäle mehr gab, daß die Verbannung der Organisationen ANC und PAC den bewaffneten Kampf aufzwang.
Also der bewaffnete Kampf wurde nie vom ANC auf dem Boden des Klassenkampfes erklärt. Man hat also nicht gesagt, daß es die Geschichte lehrt, daß keine herrschende Schicht oder herrschende Klasse je die Macht an die Unterdrückten und Ausgebeuteten auf friedliche Weise übergibt. Und daß man daraus schließt, daß also ein bewaffneter Kampf unvermeidbar ist. Das war nie die Begründung. Die Begründung war, daß die südafrikanische Regierung verfassungsmäßige Politik unmöglich gemacht hat (verunmöglicht hat). Die Führer des ANC, der chartaristischen Strömung, haben immer wieder gesagt: sobald die südafrikanische Regierung es für uns ermöglicht, werden wir verhandeln Ich könnte sehr viele Reden anführen, wo das immer wieder gesagt wird. Das war auch für sie sehr wichtig in derinternationalen Diplomatie und vor allen Dingen beim Westen akzeptiert zu werden, Margret Thatcher akzeptiert auch jetzt noch nicht den ANC, sagt auch noch, daß der ANC eine terroristische Organisation ist, während andere westliche Regierungen, auch die der BRD akzeptieren, daß der ANC tatsächlich dazu gezwungen worden ist den bewaffneten Kampf aufzunehmen - und das nicht aus Überzeugung oder aus Prinzip heraus tut. Das ist eben wichtig, denn das ist der Grund, daß de Klerk sich in erster Linie an den ANC wendet.
Dann die zweite große Strömung besteht in den sogenannten Afrikanisten, angeführt vom panafricancongress (PAC). Und zum Teil gehört zu dieser Strömung auch die black conscious schwarze Bewußtseinsbewegung. Die gehen davon aus, daß Südafrika noch immer eine Siedlerkolonie sei, daß also die Weißen in einem Sinne Ausländer, Kolonialisten seien,- auch jetzt noch, trotz 300 Jahren Geschichte sind sie auch jetzt noch Siedler, Kolonialisten usw.- und daß der Inhalt des Kampfes deswegen ein antikolonialer ist. Der Krieg in Südafrika ist ein antikolonialer Krieg. Der Inhalt besteht daraus, für die Rückgabe unseres Landes, die Unabhängigkeit, unserer Rechte zu kämpfen obwohl ich persönlich der Meinung bin, daß diese Analyse falsch ist, glaube ich, daß auf dialektische Weise die Ekationen(?) bei dieser Analyse tatsächlich revolutionär sind. Denn wenn die weissen Südafrikaner nicht wie die Kolonialisten in Algerien oder die portogiesischen Kolonialisten in Mozambique und Angola, die ja tatsächlich eine Heimat in Europa haben - nichts haben, wo sie hinflüchten können, dann ist es auch klar, daß sie bis zum bitteren Ende kämpfen werden.
Und, daß also eine africanistische Politik tatsächlich eine revolutionäre Politik sein muß.

Ich glaube nicht, daß der PAC bzw. die afrikanische Strömung im Prinzip gegen Verhandlungen sind, ich würde sogar sagen daß sie j e t z t gegen Verhandlungen sind, weil sie nicht stark genug sind. Wenn sie stärker wären, würden sie wahrscheinlich eine ganz andere Politik betreiben. Aber das ist meine persönliche Meinung. Ich möchte behaupten, daß die Führer des PAC in Südafrika nur über die Rückgabe des Landes und die Übergabe der Macht verhandeln werden - und über keine andere Frage. Das ist eine sehr sektiererische Politik zur Zeit. Aber eine Politik, die selbstverständlich nach 40 Jahren Unterdrückung, Rassismus und brutaler Ausbeutung unter den nationalen Parteien sehr große Anziehungskraft hat für die Jugend in den townships und auch für große Teile der organisierten Arbeiterschaft in Südafrika.

Die dritte große Strömung besteht aus unabhängigen sozialistischen Gruppierungen zu denen auch ich gehöre, die nicht vom Stalinismus, die nicht vom sowjetischen Modell beeinflußt worden sind, obwohl sie sich selbstverständlich damit auseinandergesetzt haben. Die aber davon ausgehen, daß in Südafrika Rassismus und Kapitalismus historisch eine bestimmte Beziehung entwickelt haben, daß also in Südafrika der Rassismus für lange Strecken der Entwicklung des Kapitalismus funktional gewesen ist, daß in den ersten 70 bis 80 Jahren der Entwicklung des modernen Kapitalismus in Südafrika rassistische Ideologie, Diskriminierung billiger schwarzer Arbeitskräfte... all diese Sachen für die Akkumulation des Kapitals notwendig gewesen sind. Man hat sich auf extraktive Industrien wie Bergbau und Ackerbau konzentriert und hat für den Export produziert. Und nicht für einen Binnenmarkt. Und aus diesem Grunde wie gesagt, war es ganz "ok" wenn man schwarze Arbeitskräfte dazu benutzte, die man brauchte, für die weiße Bevölkerung, die importierte man. Nach dem 2.Weltkrieg und zum Teil als Folge des 2. Weltkrieges wurde dann die verarbeitende Industrie sehr viel wichtiger und hat zur Zeit den größten Anteil am nationalen Produkt Südafrikas, verschafft die große Mehrheit der Arbeitsplätze in der südafrikanischen Ökonomie obwohl der Bergbau und zum Teil auch der Ackerbau wichtig sind, weil durch diese eben exportorientierten Industrien die nötigen Devisen in Südafrika verdient werden, womit man dann Maschinen und andere Kapitalmythen aus dem Ausland importieren kann, um die Wirtschaft weiter zu entwickeln.

Also es ist dann so, daß nach 1960, nach der Mitte der 60ger Jahre etwa, der Rassismus, die rassistische Ideologie nicht mehr generell funktional für die Akkumulation des Kapitals war.

Und das ist die eigentliche Grundlage, warum schon Voster eigentlich, aber Botha nach ihm und heute de Klerk, das System ändern und anpassen muß, warum man zum Beispiel Kaufkraft, die ökonomische Macht der schwarzen Arbeiter und der Mittelschicht für den Staat umfassen möchte und diese Leute in den Institutionen der Regierung einzuverleiben. Man muß es einfach, aber man möchte das tun, ohne Umverteilung des Eigentums die eigentlichen sozioökonomischen Verhältnisse grundlegend zu ändern. Das ist ja klar, ich glaube, ich brauche darauf nicht weiter eingehen.

Die Sozialisten in Südafrika sind aus verschiedenen Gründen eine zahlenmäßig sehr schwache Strömung, aber ich möchte das auch betonen, die Sozialisten, die Afrikanisten, die Chartaristen, das sind ganz bequeme Etiketten, das sind ganz kompliziert zusammengesetzte Gruppen, wovon wir jetzt sprechen. Ich benutze das so als Etiketten. Diese drei Gruppierungen haben die Infrastruktur, haben die Kader, haben Zugang zu Recourcen, haben die große Masse der schwarzen Arbeiter- auch auf dem Lande- zu mobilisieren, um Millionen Menschen zu mobilisieren, wenn für sie die Zustände, das Klima, die Lage günstig sind. Zur Zeit begünstigt die internationale, die regionale, und auch die nationale Lage die chartaristische Politik. Das ist für mich der eigentliche Grund, warum heute der ANC und nicht der PAC oder die Sozialisten die Bewegung in Südafrika anführen.

Wenn man keine historische Perspektive hat, dann kann man glauben, daß es irgendwie gegeben ist, daß der ANC an die Macht kommen muß.
Ich persönlich bin gar nicht dieser Meinung.

Ich unterstütze selbstverständlich, so wie alle meine Genossen und Genossinnen, jene Aspekte der Politik des ANC und anderen Organisationen, die tatsächlich fortschrittlich sind. Antirassistisch, zum Teil auch Antikapitalistisch und ich sage, was ich jetzt hier sage, nicht, aus polemischen Gründen gegen den ANC. Ich versuche, das einfach zu analysieren, zu zeigen, daß viele andere Möglichkeiten bestehen.

Die Sozialisten - ich spreche hier ganz allgemein - unterstützen im Grunde eine andere Politik, bzw. den Versuch, die Verhandlungen dafür zu benutzen, um politischen Raum zu schaffen, für die Mobilisierung der Massen und für die Stärkung der Organisationen, der unterdrückten Südafrikaner.

Das wäre für uns das eigentliche Ziel einer Verhandlungspolitik. Nicht, um Kompromisse zu finden, nicht, um unsere Prinzipien aufzugeben, sondern eben, wie gesagt, um die Freiheit, den freien Raum zu bekommen, um uns zu stärken.

Selbstverständlich, wenn es möglich wäre, irgendwie auf verhandlungswegen einen friedlichen Lösungsweg zu erreichen, dann würden wir das ohne weiteres unterstützen. Ich glaube, daß kein denkender, ernstzunehmender Mensch die Gewalt für sich propagiert, im Gegenteil, wir haben immer wieder betont, daß wir glauben, daß in Südafrika die Freiheit nicht ohne Gewalt kommen kann. Es ist trotzdem die Aufgabe einer progressiven Politik, Gewalt auf ein Minimum zu reduzieren. Das sind alles sehr kontroverse Fragen.

Ganz kurz zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften in Südafrika sind seit den frühen siebziger Jahren sehr wichtig. Sie sind sogar die wichtigsten Organisationen der Arbeiter und der Massen in Südafrika heute. Und um die Anhängerschaft der Gewerkschaften wird nämlich sehr gekämpft unter den verschiedenen Strömungen. COSATU, der größte Dachverband der Gewerkschaften in Südafrika, tendiert vorwiegend in Richtung ANC, Chartaristen. Obwohl auch viele afrikanistische und und black conscious-Leute in den Gewerkschaften zu finden sind. Es sind, in COSATU vor allem, aber auch in der anderen großen Organisation, NATIONAL CCOUNCIL OF TRADE UNIONS, dem nationalen Rat der Gewerkschaften in Südafrika, es sind da viele, die wir workerists nennen - Syndikalisten. Es sind Elemente, die sehr wichtig sind, weil gerade sie die Gewerkschaften in den siebziger Jahren aufbauten. Zusammen mit den black conscious-Leuten waren es gerade die Syndikalisten, die diese Gewerkschaften in den siebziger Jahren aufbauten. Aber die politische Führung der Gewerkschaften ist sehr umstritten.

Zwischen Chartaristen, Afrikanisten und Sozialisten und black-conscious Leuten wird ein ziemlich harter Kampf geführt. Ich glaube, daß die Gewerkschaften ausschlaggebend sein werden, auch in diesem ganzen Verhandlungsprozess. Meiner Ansicht nach sind die Gewerkschaften in Südafrika tatsächlich sehr vom sozialistischen Gedankengut beeinflusst worden. Ich möchte das ganz kurz erklären, es ist ja so, daß in Südafrika - nicht wie in den meisten Ländern der real existierende Kapitalismus - von der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung als eine brutale, rassistische Ungleichheit und empfunden wird. Das ist der Kapitalismus also für schwarze Südafrikaner - ohne Ausnahme eigentlich es sind e i n z e l n e Leute da, die irgendwie materiell ihre Lage verbessert haben - die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung hat vom Kapitalismus überhaupt nichts. Oder nur sehr wenig.

Also ist der antirassistische Ansatzpunkt des Befreiungskampfes in Südafrika auch gleichzeitig objektiv - nicht unbedingt im Bewußtsein der Menschen - aber objektiv ein antikapitalistischer Ansatzpunkt. Objektive Grundlage einer sozialistischen Bewegung besteht weiterhin und durchaus in Südafrika. Aus diesem Grunde ist Südafrika weiterhin ein sehr wichtiges Land. Der Befreiungskampf, der dort geführt wird - und dessen sind wir uns ganz bewußt - ist ein sehr wichtiges Phänomen, vor allen dingen im Zusammenhang des Zusammenbruchs des sogenannten real existierenden Sozialismus in Osteuropa.

Die Gewerkschaften, wie gesagt, sind sehr vom sozialistischen Gedankengut beeinflußt worden, und ich glaube, daß diejenigen, die in der Befreiungsbewegung evtl. an den Verhandlungstisch gehen werden, werden immer wieder - wie wir sagen - über ihre linke Schulter schauen müssen, um zu sehen, wie sie diese Gerwerschaften einordnen, nach welcher Seite sie hintentendieren.

Ich möchte zum Abschluss kommen, ich habe selbstverständlich sehr viele Sachen einfach beiseite gelassen, sehr viele Fragen nur angeschnitten.

Ich wollte ganz klar sagen, daß meiner Ansicht nach der Verhandlungsprozess Anfang Mai anfangen wird. Die ANC-Führung und die Führung der Nationalen Befreiung sind sich einig, vom 2.bis4.Mai sogenannte Vorgespräche zu führen, die in erster Linie um die Fragen der Definition eines politischen Häftlings, um die Rückkehr der Exilanten, die Freilassung von allen politischen Gefangenen, um die Aufhebung der Notstandsgesetze usw. gehen. Wenn dann auf diese Weise ein sogenanntes Verhandlungsklima geschaffen sein wird, werden die substanziellen Verhandlungen anfangen. Ich würde sagen, daß der ANC wird versuchen müssen, sich erst mit den anderen Strömungen der Befreiungsbewegung zu einigen, bevor er tatsächlich an den Verhandlungstisch geht.

Es sind sind viele Mölichkeiten da, Gespräche finden schon jetzt statt, die für die Zukunft sehr wichtig sein werden. Ich glaube nicht, daß der ANC es auf sich nehmen wird, ohne solche Beratungen an den Verhandlungstisch zu gehen. Vor allen Dingen auch deswegen nicht, weil die Charta, die auf der kolaborationistischen Seite der Politik Südafrikas steht, eine sehr wichtige Basis in der vor allem Sulusprachigen Bevölkerung hat, die Charta sich strategisch vom ANC unterscheidet und den ANC für den Alleinvertretungsanspruch, den der ANC objektiv auch heute noch zum Ausdruck bringt, sehr angreift.

Zweitens würde ich behaupten, daß der Verhandlungsprozess die Aufstände in den Townships, vor allen Dingen auch in den Homelands, nicht beseitigen wird. Daß diese Aufstände weitergehen und immer wieder ausbrechen werden, weil die sozialen Fragen zu gravierend sind. Die Menschen haben keine Arbeitsstellen. Wir haben eine Durchschnittsarbeitslosigkeitsrate von 30 bis 40%. In verschiedenen Städten, wie Port Elisabeth, sind bis zu 60% der Arbeiter ohne Arbeitsstelle und viel mehr als 80% der Jugend - der nichtschulischen Jugend - arbeitslos. Die Menschen wollen Arbeitsstellen, sie wollen Essen, sie wollen Schulen für ihre Kinder, sie wollen Gesundheitsversorgung usw. Ihre Fragen werden von keinem Verhandlungsprozess gelöst werden. obwohl die Regierung einige Ansätze gemacht hat - sie werden mit großer Skepsis von der Bevölkerung betrachtet werden.

Ich möchte abschließen und sagen, daß man keine Euphorie haben soll. Wir haben sehr viele magische Formeln im südafrikanischen Befreiungskampf gehabt: Sanktionen, liberation before education. Solche Art Parolen. Guerillakrieg, Generalstreik. Und jetzt sind es Verhandlungen. Ich glaube, daß dieser Erlösungswunsch, dieser Befreiungswunsch Südafrikas ganz normal ist. Daß man aber die ganzen Tatsachen objektiv und wissenschaftlich analysieren soll, um zu sehen, was tatsächlich möglich ist - und was nicht.

Ich möchte nocheinmal sagen, daß wir selbstverständlich einen Verhandlungsprozess unterstützen würden, wenn wir sicher wären, daß wichtige Prinzipien nicht aufgegeben werden in diesem Prozess, daß unsere Organisationen nicht untergraben werden und daß wir uns tatsächlich auf diese Weise nach vorne bewegen können.

A/

Die anschließende Diskussion wird, genau wie der Beitrag von Neville Alexander, abgeschrieben werden. Für diese Südwind hat es zeitlich nicht mehr gereicht. Der Inhalt der Diskussion war im Wesentlichen: Möglichkeiten und Perspektiven für uns hier in der BRD, den Befreiungskampf in Südafrika zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der SHELL-KAMPAGNE und den laufenden Diskussionen, was die Änderung der internationalen Lage für uns heißt - wie wir also Kämpfe gemeinsam führen können - ist das ein wichtiger Beitrag.

Südwind schickt je 1 Exemplar der abgetippten Diskussion an die 3 Büro/Laden-Adressen. Da ist sie dann für jede und jeden ab Anfang Juni erhältlich.

ES GIBT 1000 GUTE GRÜNDE...GEGEN MULTIS WIE SHELL

Folgende Auszüge aus einem Artikel stammen aus: The Ecologist, Jan./Febr. 1990

KOMMERZIELLE BAUMPFLANZUNGEN IN THAILAND: ABHOLZUNG UNTER ANDEREM NAMEN

Die Befürworter von großflächliger industrieller Aufforstung in Thailand verwenden ökologische Argumente als Fassade für die Kommerzialisierung von Gemeineigentum und für die Zerstörung wirtschaftlicher Subsistenzstrukturen. Hunderttausende dort lebender Menschen werden von ihrem Land vertrieben werden, viele von ihnen nur mit der Wahl, in noch verbleibende Wälder in Thailand umzusiedeln mit dem Zwang, diese noch weiter abzuholzen, mit der Folge einer verschärften Situation für den regenwald. Große Teile der Landbevölkerung kämpfen für ihren Lebensraum gegen die Multis, Entwicklungshilfeorganisationen und die thailändische Wirtschaftselite, die die kommerzielle Wiederaufforstung rücksichtslos fördern.

"Bereits im 13. Jahrhundert begann die Landaristokratie, die dringend Geld benötigte, ihre Ländereien nicht nur als geerbtes Lehen zu betrachten sondern als Geldeinnahmequelle. Zum Zweck des Cash-Crop-Anbaus begannen sie, die Weiden einzuzäunen, die früher als Gemeineigentum betrachtet wurden.... Am Ende dieses Prozeßes waren 10 Mio. Hektar, fast die Hälfte des gesamten nutzbaren landes in England eingezäunt...Die "Einzäunungsbewegung" machte das Land produktiv, was vorher kaum etwas hervorgebracht hatte.. Die Einzäunung war das Mittel, mit dem England die Landwirtschaft rationalisierte. Aber, es gab auch eine andere, etwas brutalere Seite der Einzäunung. Durch die Einzäunung des Gemeineigentums wurde es für die Pächter immer schwerer, sich selbst zu ernähren. Zunächst langsam, später immer schneller wurden sie von ihrem Land vertrieben..."

In der Buriram Provinz in Thailand sagen die Menschen aus den Dörfern: "Hinter uns ist der Wald, an den wir uns anlehnen, vor uns ist der Kampf gegen den Eucalyptus". Für die DorfbewohnerInnen ist die Sache klar: kommerzielle Baumpflanzungen sind sowohl mit dem Überleben einer dörflichen Subsistenzstruktur als auch mit dem Erhalt des Regenwaldes nicht zu vereinbaren.
Das Grundthema heißt Land. In ganz Thailand -parallel zum Anstieg des Weltbedarfs an Holz- mieten sich Eucalyptusgesellschaften riesige Rodungsflächen nationaler Reservewälder. In den letzten fünf Jahren stieg die eucalyptusbepflanzte Fläche von 136 auf 1100 qkm. Bis zu 40.000 qkm werden wohl letzendlich durch private Firmen übernommen werden. Die 4 Millionen dort lebenden Menschen ohne Landtitel werden nur zwei Alternativen haben: wegziehen oder standhalten und kämpfen.
In Buriram und dem Nordosten Thailands haben sich mehr und mehr Menschen für die letzte Alternative entschieden. Die Pflanzungen fressen Farmen, kommunales Weideland und gemeinschaftliche Wälder. Selbst wenn die BewohnerInnen dort das Recht bekommen, die Eucalyptuspflanzungen anderweitig zu nutzen, haben sie kaum etwas davon. Eucalyptus als "gefräßige", dominante Baumart, läßt kaum anderweitige Pflanzungen zu. Eucalyptus selbst taugt nicht als Futter, zerstört den Boden, entzieht ihm das Wasser und liefert noch nicht einmal größere Mengen Brennholz. Er liefert keinen der Rohstoffe, von denen die ansässigen kleinen Handwerker abhängig sind. Alle vier bis sechs Jahre wird er, wie jede andere Exportfrucht auch, geerntet. ArbeiterInnen werden auf den Plantagen kaum gebraucht. Weil Eucalyptus sogut wie nie von den kleinen farmern angepflanzt wird, gehen die Gewinne ins Ausland in die Taschen der Multis.
Ihre Wohngebiete zu verlassen bietet den DörflerInnen keine Alternative. In Thailand gibt es kaum noch die sogenannte Waldgrenze, und den BewohnerInnen ist klar, daß das letzte bißchen Wald zu roden hieße, sich die Umwelt unter ihren eigenen Füßen zu zerstören. Genausowenig bieten die Städte eine attraktive Alternative. Die thailändische Stadtökonomie wird immer nur eine Minderheit der Bevölkerung ernähren können.

Die Explosion des Aktivismus auf dem Lande

Die BäuerInnen im Nordosten Thailands wissen, egal welchen Weg die thailändische Wirtschaft einschlagen wird, daß sie immer auch von gewachsenen Subsistenzstrukturen abhängig ist, um ein ausreichendes Volkseinkommen zu ermöglichen und daß die Eucalyptuspflanzungen diesem Ziel widersprechen. Das führte zu dem Ergebnis einer regelrechten Explosion von ländlichem Aktivismus seit etwa Mitte der siebziger Jahre. Sie wehren sich gegen die Morddrohungen; sie stören die Zufriedenheit der Bürokraten; sie geben Petitionen an die Regierung; organisieren Strategietreffen mit anderen DorfbewohnerInnen; organisieren demos und Blockaden; zerstören Neuanpflanzungen von eucalyptus; fällen die Bäume; brennen die baumschulen für Eucalyptus nieder; pflanzen stattdessen Olbst- Gummi- und Waldbäume; geben Interviews in zeitungen darüber, wie sie jahrhundertelang den Wald erhalten haben, treten als SprecherInnen auf Seminaren auf; und nicht zuletzt rücken sie der regierung auf die Pelle. Ihre Botschaft ist einfach: Sie wollen Landrechte. Sie wollen Verfügungsrechte

ihrer Gemeinden über den Wald. Sie wollen einen Stop aller Eucalyptusprojekte erreichen und ein Vetorecht gegen alle kommerziellen Anpflanzungen in ihren Gemeinden. Von diesen Forderungen wollen sie nicht abrücken. Kham Butrsri aus Burinam bringt es auf den Punkt: "Entweder sie geben nach und wir setzen unsere Forderungen durch oder sie geben nicht nach und wir setzen sie dennoch durch." In einigen Gemeinden der Provinz ist es den BäuerInnen bereits gelungen die Multis zu vertreiben.

Kommerzielle Pflanzungen und Arbeitslosigkeit

Mit ein bißchen Rechnerei selbst mit optimistischen Schätzungen für die Eucalyptusindustrie müßten selbst harte Ökonomen zu dem Schluß gelangen, daß die BäuerInnen gute Gründe für ihren widerstand haben. Es wird allgemein anerkannt, daß in den etwa 60.000 qkm der nationalen reservewälder, die für die Wideraufforstung mit Eucalyptus vorgesehen sind etwa 1 Millionen Familien leben, die potentielle Betroffene sind. Wie viele dieser Familen werden sich auf den Eucalyptusplantagen ernähren können? Ein Anhaltspunkt kommt von dem Britisch/niederländischen Multi Royal Dutch SHELL, der sagt, er wäre in der Lage 1000 BewohnerInnen der betroffennen Gebiete für ihr Projekt von 2000 qkm zu beschäftigen. Wenn also jedEr Beschäftigte eine Familie mithilfe des Lohns erenähren könnte, so wäre daß eine Thaifamilie, die von 20 Hektar Eucalyptus leben könnte. Eine schwedische Studie aus demJahre 1979 kommt zu dem Ergebnis, daß 40- 50 Hektar Eucalyptusplantage nötig sind, um eine Familie zu ernähren. Selbst, wenn wir die zahlen der Shell noch verdoppeln, also eine Famile kann auf 10 Hektar Eucalyptus leben, so könnten nur 600.000 Familien überleben (falls sie wirklich bevorzugen eine Arbeit bei einem Multi gegen ihre Subsistenzwirtschaft auszutauschen), die restlichen 400.000 wären überflüssig. Landwirtschaftlich ungenutzte Gebiete gibt es allerdings in Thailand nicht mehr.

Industrie geht vor

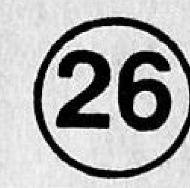
Seltsam ist schon, daß die Planungsbehörden solch simple Überlegungen nicht angestrengt haben. Sie sind auf den 1000den von Seiten offizieller Dokumente nicht zu finden. Die augenfällige antwort darauf ist, daß sowohl Regierung als auch Industrie daran interessiert sind, binnen kürzester zeit gewaltige Pflanzungen aus dem Boden zu stampfen. Diskussionen würden ihnen also nur schaden.
Die Holzindustrie wurde ermuntert, in den Zonen des Nordostens, wo kein Widerstand gegen das Eucalyptusprogramm zu erwarten war, zu investieren....

Der Integrationsdruck der Weltwirtschaft

Der plötzliche Eucalyptusboom in Thailand ist im wesentlichen durch die hohe Nachfrage aus Japan nach Hölzern und Papierrohstoff zu erklären. Und da liegt Thailand -mit seiner exportorientierten Ökonomie- geographisch nun mal am günstigsten. Getarnt wird dieser Angriff auf die ländlichen (Über)-lebensstrukturen in Thailand mit einer Rhetorik "die sektoralen Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land", die das Ergebnis früherer Modernisierungsschübe sind, auszugleichen. Das Ergebnis dieser Projekte ist die ländliche Umstrukturierung durch die direkte Produktion für den Weltmarkt. Von der Weltbank unterstützte Wiederaufforstungen zum Beispiel haben zwar zu einer höheren Ausbeute an Rohgummi geführt, das allerdings auf Kosten der BäuerInnen, die dazwischen eben auch Futter-Getreide- und Gemüsepflanzen anbauten. Krabbenfarmen die für den Weltmarkt produzieren, haben einen Großteil der thailändischen Mangrovenwälder zerstört, was zu einem katrastrophalen Rückgang des Fischbestandes führte ...Die industrielle Umstrukturierung ländlicher Gebiete führt also zwangsläufig zur Vernichtung von Lebensmöglichkeiten für die dortige Bevölkerung.
Die Eucalyptusindustrie ist ein Teil dieser Entwicklung. Aufgrund seiner biologischen Eöglichkeiten - hohe Holzausbeute, Wachstum auch unter schwierigen Bedingungen- eignet er sich hervorragend für die Kommerzialisierung bisher nicht nutzbarer marginaler Gebiete, wo die Natur bis jetzt erhalten blieb, die Menschen unter akzeptablen Bedingungen leben konnten. Die Nischenökonomie wird durch die Umwandlungen des Landes in Weltmarktplantagen von Eucalyptus zerstört. Die freiwerdenden Menschen können dann als KonsumentInnen, ArbeiterInnen oder speziell in Thailand als Prostituierte für die Weltwirtschaft gewinnbringend eingesetzt werden. Viele Menschen allerdings werden schlichtweg überflüssig....

Shell und Eucalyptus

Auch die europäischen Multis haben sich auf den Eucalyptusboom gestürzt. Durch bestimmte Programme hat Shell in Großbritannien versucht,die Meinung zu schaffen, daß er Umweltprobleme ernst nimmt. Beweise aus der Chanthaburiprovinz in Thailand zeigen aber, daß das sogenannte Umweltbewußtsein von Shell nicht bis nach Südostasien reicht. Dort sollen 200 qkm nationale Waldreserve in Eucalyptusplantagen für den Export nach Japan umgewandelt werden. Shell hat die Warnungen von NGO's und der BäuerInnen ignoriert. Dieses Projekt wird eines der letzten intakten Waldgebiete im Osten Thailands zerstören. 76% der geplanten Plantage liegen im Bereich des Regenwaldes. Für das Projekt würde durch Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau usw. noch mahr Wald zerstört. Die zu erwartenden Siedler würden dann wohl dem Wald den Rest geben. Auch der



Eucalyptus selbst würde dazu beitragen. Er entzieht nämlich dem Boden sehr stark das Wasser und führt neben der Grundwasserabsenkung zur Klimaveränderung.

So machts ein Multi

Shell verlautbart zwar, daß es keinen einzigen Urwaldbaum für die Plantage fällen wird, da dies "ungesetzlich" sei. Doch weigert sich die Firma konsequent, Landkarten über die Waldbestände im Projektgebiet an britische Umweltgruppen rauszurücken. Shell versteigt sich sogar zu der Behauptung, die Eucalyptuspflanzungen würden wie ein Puffer den Regenwald vor weiterer Abholzung schützen. In Wirklichkeit werden diese Pflanzungen wohl eher als Erschließungswege dienen.Die Menschen, die den Urwald noch weiter roden müßten, wären die, durch Shells Eucalyptusplantagen Vertriebenen. Das gibt Shell auch zu. Einer der Bewegründe für das Projekt an diesem Ort sei, daß es ziemlich einfach sei, die 4000 dort ohne Landrechte lebenden Menschen zu vertreiben. Auf der anderen Seite, so Shell, würde es auf den Plantagen höchstens tausend Arbeitsplätze geben.
Ein weiterer Grund für unsere Ablehnung des Projekts besteht darin, daß es die Lebensgrundlagen der Argraökonomie in der ganzen Region infrage stellen würde. Sowohl die FAO (Argrarbehörde der UNO) als auch lokale Interessengruppen rechnen mit einer Verminderung des Wasserbestandes von über 30 Flüßen und der gleichzeitig erhöhten gefahr katastrophaler Überschwemmungen, und damit einhergehender Bodenerosion....

Baumplantagen gegen Urwald

Shell hat nur ein Argument die Anpflanzungen gegenüber der bisherigen Nutzung(Gemüse, Gummi) zu verteidigen. Nur große Konzerne wie Shell haben das Kapital, schnelle Wiederaufforstungen zu betreiben, die Thailand so dringend braucht. Aber auch dieses Argument ist ein äußerst fragwürdiges. Erstens, wenn diese Art von Wiederaufforstung zur weiteren Abholzung von Urwald führt, ist nichts gewonnen. Zweitens betreibt Shell ja keine Wiederauffostung im eigentlichen Sinne, sondern es handelt sich ja mehr oder weniger um Eucalyptusfelder, die etwa alle fünf Jahre "gemäht" werden. Drittens ist Shell's Argumentation für die Möglichkeit einer Wiederaufforstung an die Bedingung der Erlangung von Profiten für das Unternehmen gekoppelt. Diese Bedingung ist falsch, da eine erfolgreiche Erhaltung/ Wiederaufforstung nur außerhalb der Weltmarktökonomie möglich ist. Genau das aber praktizieren die Dorfgemeinschaften in Thailand aber seit Jahrzehnten mit Erfolg.

Bestechung und Gewalt

Die taktischen Mittel, die das Unternehmen zur Durchsetzung seiner Ziele einsetzt, verdeutlichen, daß Shell nicht bereit ist, die Verantwortung für die eigenen Machenschaften zu übernehmen. Einerseits versucht das Unternehmen Privilegien vom der thailändischen Regierung zu erhalten nach dem Motto, daß das Projekt dem ganzen Land etwas nütze, andererseits versuchen die lokalen Konzernangestellten in Canthaburi mithilfe von Bestechung und physischer Gewaltandrohung, die dort ansässige aber rechtlose Bevölkerung zu vertreiben. Dörfer werden zwangsgeräumt, die Hütten dem Erdboden gleichgemacht, DorfbewohnerInnen verhaftet.... Unbekannte haben im Februar 1988 das Haus vom Gouvaneur von Cantabhuri beschoßen, um ihn zur Aufgabe seiner oppositionellen Haltung dem Projekt gegenüber zu bewegen. Der Shell-Direktor von Thailand Kittiyakara behauptet sogar, der Widerstand gegen das Projekt wäre in Wirklichkeit von Tapioc- (mir unbekannt, d.Ü.) Mühlenbesitzern geschürt worden, die ihre Rohstoffbasis verlieren würden... Unterstützt wird Shell dabei von der in Bangkog ansässigen Handelsaristokratie, die sich vom Handel mit Eucalyptus neue Gewinne erhoffen, aber prinzipiell auch von der FAO und Entwicklungshilfeorganisationen.....

Programm der Phantomenalen antikapitalistischen Aktionstage in Hamburg

Sa 23.6. 20.00 Rote Flora
Eröffnungsfete

Sa 24.6. Schanzenpark
Parkfest: Information+ Gegenkultur

Di 26.6. 16.30 Gänsemarkt
Demo Richtung Fischauktionshalle, anschließend: Begrüßung der Freßsäcke

Mi 27.6. 20.00 Gänsemarkt
Musik-Krach-Störung in der Innenstadt

Fr 29.6. 16.30 Sternschanze
Begrüßung der Phantom-Premieren-Gäste

WIR STEHEN VOR EINEM SCHERBENHAUFEN. DAS IST UNSERE CHANCE.

Der realexistierende Sozialismus liegt in seinen letzten Zügen. Was bedeutet diese an sich banale Feststellung für uns, die wir im Kampf für ein selbstbestimmtes Leben an der Entwicklung einer revolutionären Strategie und Politik arbeiten?

Ich versuche im folgenden, über die Feststellung einer historischen Niederlage hinauszukommen und die Ursachen für das Scheitern des ersten Ausbruchsversuchs aus der Kapitallogik anzureißen. Mir scheint dies gerade auch deswegen notwendig zu sein, da einige der derzeit veröffentlichten Einschätzungen unzulässig verkürzt sind. Ein wesentlicher Punkt wird nämlich ausgeklammert: was hat das alles mit unserem eigenen Politikverständnis zu tun?

Dieser Beitrag kann eine gründliche Analyse nicht ersetzen.

. . .

Der Zusammenbruch des Realen Sozialismus vollzog sich in den 80er Jahren, beginnend mit der Unterzeichnung des Danziger Abkommens am 30.8.80, und endete am 9.11.89. Was danach folgt(e), sind nur noch die Modalitäten der Übergabe. Aber es wäre oberflächlich und unzutreffend, die Jaruzelski, Gorbatschow und Deng hierfür verantwortlich zu machen. Sie sind allenfalls die Vollstrecker einer historischen Entwicklung, in der das realsozialistische System keine Alternative zum Kapitalismus mehr bieten konnte. Womit ich weder Jaruzelskis Militäraktion vom 13.11.81, noch Gorbatschows Aufstandsbekämpfung, noch das Massaker auf dem Tiananmen als historisch notwendig hinstellen will.

Die Ursachen des Zusammenbruchs liegen tiefer, tiefer als der 'Revisionismus' eines Chruschtschow, Stalins Diktatur, Kronstadt oder Lenins Organisationskonzept. Zugrunde liegt all dem vielmehr ein patriarchal geprägter Politikbegriff, der Mitte des letzten Jahrhunderts entwickelt wurde. In der damaligen stürmischen Industrialisierungsphase lag es nahe, die Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt zu erklären. Durch den von Marx entwickelten und in der späteren sozialdemokratischen Politik verballhornten Arbeitsbegriff wurde nichtindustrielle Frauenarbeit als zu vernachlässigende Größe behandelt. Daraus entstanden zwei folgenschwere Mißverständnisse: erstens bezog mann sich in seiner revolutionären Politik hauptsächlich auf die Fabrikarbeiterschaft und zweitens wurde Arbeit - schlimmer noch, Arbeitsdisziplin - zu einem positiven Wert erklärt.

Nachdem mann sich also das passende revolutionäre Subjekt gesucht hatte (und die Arbeiterklasse war dies sicher auch in dieser reduzierten Bestimmung), mußte es von seiner 'historischen Mission' überzeugt werden. Dazu bedurfte es einer Partei, die vorausschauend war und von außen kam, um spontane Revolten in Klassenbewußtsein und Klassenhandeln zu überführen. Die Durchblicker (Kautsky und Lenin) erfanden die Theorie vom trade-unionistischen Bewußtsein.

Dieses instrumentelle Verhältnis den revolutionären Subjekten gegenüber äußerte sich einerseits in übertriebener Vorsicht, die konsequent zum Reformismus umgeformt wurde, andererseits in einem Avantgardeverhalten, das die dialektische Beziehung zwischen Partei und Klasse mehr und mehr überstrapazierte. Dies drückte sich dann sowohl in der Oktoberrevolution als auch in der ein Jahr später liquidierten Revolution in Deutschland aus.

Die Revolution in Rußland - und das wußten die Bolschewiki nur zu genau - konnte nur dann gesichert werden, wenn in mindestens einer der europäischen Metropolen (und man spekulierte auf das Deutsche Reich) das Proletariat die Macht ergriff. Das Scheitern der Revolution in Deutschland stellte die Bolschewiki vor eine völlig neue Situation: sie mußten auf eigenen Beinen versuchen, in einem un(ter)-entwickelten und kriegszerstörten Land den Sozialismus aufzubauen. Die Revolution in Rußland siegte - gegen Invasoren aus 14 Ländern und den weißen Terror der vormals herrschenden Klassen. Um aber (politisch und physisch) zu überleben, mußten die Bolschewiki Zugeständnisse machen, die hart an die eigene Identität gingen: die Agrarfrage wurde individuell und nicht kollektiv gelöst, obwohl damit klar war, daß sich damit eine Bauernschaft als Klasse entwickeln würde, deren Interessen nicht die der Revolution waren. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung wurde in einer Weise verabsolutiert, daß den nationalen Bourgeoisien das Recht auf ein eigenes Territorium zugestanden wurde (Polen, Finnland, Baltikum) - gegen das Interesse der Arbeiter.

"Das Gefährliche" - so schon damals Rosa Luxemburg - "beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen." Und:
"Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe." (Gesammelte Werke, Bd.4, S.364 u. 360)

War man sich zunächst bewußt, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht unbedingt revolutionär waren, nur um zu überleben, so wich diese Haltung schnell einem Pragmatismus, der sich über das eigene Verständnis revolutionärer Moral und sozialistischer Utopien hinwegsetzte. Dies ist für mich auch Ausdruck davon, wie mann sich die Erde untertan macht. So versuchten die Bolschewiki, in dem ihnen 1920 von Polen aufgezwungenen Krieg die Revolution nach Warschau zu exportieren. So wurde die Machno-Bewegung militärisch und nicht politisch bekämpft; und die Rebellion in Kronstadt wurde geradezu panikartig liquidiert. Jedoch, es ist im Nachhinein leicht, über die Politik der Bolschewiki zu urteilen ... und das führt zu nicht mehr als immer wieder neuen Ideologisierungen. Wichtiger ist, ein Verständnis für die gesamte Situation zu entwickeln, auch um daraus zu lernen - und nicht, um sich abzugrenzen und das eigene Politikverständnis zu kultivieren.

Die Isolierung der russischen Revolution, die nochmals deutlich wurde im Verstreichenlassen einer revolutionären Situation in Deutschland 1923, führte geradezu zwangsläufig dazu, daß ein notwendig autarker Kurs theoretisch als 'Sozialismus in einem Land' legitimiert wurde. Damit war ein Weg geöffnet, der letztlich jede (und sei es nur vermeintliche) Notwendigkeit dogmatisierte und durchzog. Mit der Folge, daß alle diejenigen, die diesen Kurs nicht mittragen konnten oder wollten oder ihm im Weg standen, aus dem Weg geräumt wurden - seien es Kulaken (oder Bauern, die dafür gehalten wurden) oder Revolutionäre in anderen Ländern, die höheren Interessen geopfert wurden.

Natürlich gibt es nicht den einen Grund, der zum Stalinismus führte. Die imperialistische Umkreisung des jungen Sowjetstaates gehört genauso dazu wie das Fehlen einer ausreichenden ökonomischen Basis. Aber es wäre unsinnig, den Bolschewiki vorzuwerfen, die Macht ergriffen zu haben. Rosa Luxemburg sagt nämlich richtig, es "bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem 'Bolschewismus'." (S.365)

Eine eigenständige sozialistische Produktionslogik konnte nicht entwickelt werden, stattdessen wurden Fünfjahrespläne dekretiert, weswegen auch nicht von einer Plan-, sondern höchstens von einer Kommandowirtschaft gesprochen werden kann. Diese Ökonomie konnte niemals produktiver ausfallen als der Metropolenkapitalismus und auch deshalb den ausgebeuteten Menschen in den Metropolen nicht als reale Alternative erscheinen.

Anders für die Menschen der drei Kontinente. Für sie war die Sowjetunion sichtbarer Beweis dafür, daß der Kreislauf der Unterentwicklung zu durchbrechen ist. Hinzu kam die Unterstützung von Befreiungsbewegungen und antikolonialen Regierungen.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob und inwieweit die Sowjetunion als realer Machtfaktor gegen den Imperialismus agiert hat. Was heute unter Gorbatschow als 'Regionalisierung von Konflikten' läuft, ist nicht viel mehr als eine aufgewärmte Version der schon unter Stalin entwickelten Theorie der 'friedlichen Koexistenz'. Das heißt, daß der Sowjetunion schon seit langer Zeit mehr an 'gutnachbarlichen Beziehungen' zu den imperialistischen Staaten gelegen war (auch der Hitler-Stalin-Pakt ist dazuzurechnen) als an wirklicher Befreiung der Menschen weltweit von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung. Daher der Rückzug sowjetischer Techniker aus China 1960, daher die mangelnde Unterstützung Vietnams während der Eskalation des Krieges Mitte der 60er Jahre ... Beispiele ließen sich noch viele finden. Allerdings hat die bloße Existenz einer nichtimperialistischen Macht den Befreiungsbewegungen und antikolonialen Regierungen einen gewissen Manövrierspielraum eröffnet - und das ist nicht wenig.

Es ist schwierig, das System des Realen Sozialismus zu analysieren und die Gründe seines Scheiterns herauszuarbeiten, ohne besserwisserisch mit Metropolenblick und heutigen Erkenntnissen (und dem Luxus, nicht unmittelbar existenziell gezwungen zu sein, den Imperialismus permanent zu bekämpfen!) nur herumzumäkeln. Denn wir müssen uns auch an der eigenen Nase fassen.

Die 'Katastrophe' war nämlich absehbar. Es war sichtbar, daß die SU keine Perspektive für eine befreite Gesellschaft bot, daß ihre Wirtschaft längerfristig so nicht weiterfunktionieren konnte, daß sie der Totalität der imperialistischen Macht (und den Zwängen des Weltmarktes) nicht gewachsen war. Die Revolten 1953, 1956, 1968, 1970, 1980/1 waren berechtigt - und die Herrschenden reagierten nationalistisch, antisemitisch und sexistisch. Die klassische Spaltungsstrategie also.

Dennoch galt die SU vielen als Bundesgenosse gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind. Anstatt eigene Kräfte zu entwickeln, wurde die SU als ausreichender Machtfaktor eingeschätzt, der die USA (oder andere imperialistische Staaten) daran hindern sollte, Befreiungsbewegungen oder revolutionäre Regierungen zu liquidieren. Es gibt eine Variante dieses Politikverständnisses: die Befreiungsbewegungen in Zentralamerika, Palästina, Kurdistan, Südafrika (mit teilweise konjunkturellen Schwan-

kungen) - und jetzt Cuba! - zum kämpfenden Mythos zu (v)erklären, auf das frau und man sich beziehen kann ... anstatt hier die reale Gegenmacht zu entwickeln. Hat dies vielleicht etwas damit zu tun, daß es uns unvorstellbar scheint, daß wir selbst uns eine herrschaftsfreie kommunistische Gesellschaft erkämpfen können?

Gut, jetzt gibt es eine Illusion weniger; dafür drängen nun - wie Ingrid Strobl richtig sagt - kapitalistische, nationalistische, rassistische und sexistische Tendenzen, die bisher vom stalinistischen Deckel mehr oder weniger unter Verschluß gehalten wurden, radikaler als bisher an die Oberfläche. Daß dieser ganze Dreck gezielt zur Spaltung und Herrschaftssicherung eingesetzt wird, ist wohl klar - aber wie sieht es bei uns mit unserem Verhältnis zu Sexismus oder auch zur nationalen Frage aus? Haben wir da klare Positionen?

Wir stehen (mehr oder weniger hilflos) vor der Neuordnung Europas. Die DDR wird vom westdeutschen Staat annektiert und darf so die Segnungen einer 'sozialen Marktwirtschaft' erfahren. Deutschland steigt zur ersten imperialistischen Macht (aber - noch nicht? - Führungsmacht) auf. Osteuropa wird zum Hinterhof des westeuropäischen Binnemarktes degradiert; welchen Weg die Sowjetunion gehen wird, läßt sich noch nicht klar einschätzen: zwischen der staatlichen Zerstückelung und einer Militärdiktatur scheint vieles möglich. Dafür ist die Trikontinentalisierung der realsozialistischen Staaten absehbar, was nichts anderes bedeutet als die (selektive) Verelendung der Menschen dort. Zwar ist die Situation explosiv, aber - für das Kapital - nicht unmittelbar gefährlich: die angebotenen 'Lösungen' (also Sexismus, Rassismus, Nationalismus) verfangen bei Manschen, denen ein 'Sozialismus', gar ein 'Kommunismus' keinerlei Perspektive bieten kann: Klassenkampf unter diesen Vorzeichen ist schlicht diskreditiert.

Es liegt an uns, diese Situation zu ändern. Begraben wir das alte Politikmodell, nutzen wir die historische Chance, unbelastet von irgendwelchen 'Vorzeigemodellen' uns das zu nehmen, was wir brauchen.

FÜR DEN KOMMUNISMUS !

29.4.90

EL Pais, 9.6.1990

Spanische Botschaft in Berlin durch Sympathisanten der Terrorbande besetzt

Der schlechte Gesundheitszustand der Führer der GRAPO führt zur Einlieferung ins Gefängnishospital

Die spanische Regierungssprecherin, Rosa Conde, erklärte gestern, daß die Einlieferung von 10 Gefangenen der GRAPO in Madrider Krankenhäuser "ausschließlich medizinische Gründe" habe und stritt ab, daß die Regierung ihre Politik gegenüber den Gefangenen verändern würde, die sich "als effektiv" erwiesen habe. Aus dem familiären Umfeld und dem Verteidigerkreis der GRAPO war zu hören, daß es keinen Anhaltspunkt dafür gebe, daß die gleichzeitige Einlieferung von Francisco Brotons, José Maria Sánchez, José Balmon und Fernando Hierro in das Gefängniskrankenhaus von Madrid von dem Streben nach einer Verhandlungslösung des Konflikts getragen ist. Gestern verhaftete die deutsche Polizei ein Dutzend SympathisantInnen der GRAPO , die die spanische Botschaft in Ost-Berlin besetzt gehalten hatten.

Rosa Conde wies zurück, daß man von einer "Konzentration" von Gefangenen sprechen könne oder, daß es irgendeine Form von Verhandlungen mit ihnen geben könne. Im Gegenteil, der Krankenhausaufenthalt diene lediglich dazu, der Bitte des medizinischen Gefängnispersonals nachzukommen, eine gründliche medizinische Untersuchung vorzunehmen. (In den letzten Monaten hatten einige Krankenhäuser mit unterschiedlichen Begründungen verweigert, einige der Hungerstreikenden aufzunehmen).
Aus gefängniskreisen war zu hören, daß es sich bei Condes Argumente um sehr schwache handele, da "jedes normale Krankenhaus bessere Möglichkeiten habe, eine gründliche Untersuchung vorzunehmen" ...
Brotons Beneyto kam am Mittwoch nach Madrid aus dem Gefängnis von Badajoz; Sanchez Casas von Sevilla und Balmon Castells von Zaragoza. Im Gefängniskrankenhaus befanden sich bereits Fernando Hierro Chamón, Luis Cabeza Mato, Sebastian Rodriguez Veloso und Leoncio Celcerrada Fornieles. Sanchez Casas hat zum ersten mal das Gefängnis zur Einlieferung ins Krankenhaus verlassen.
Die drei letztgenannten werden zwangsweise ernährt. Balmon Castells hätte als Zeuge in einem Verfahren aussagen sollen, was wegen seines kritischen Gesundheitszustands nicht ging.
Angehörige informierten gleichlautend übrigens wie Gefängnisangestellte darüber, daß insbesondere der Zustand von Sanchez Casas und Balmon ernst sei. Juan Manuel Perez Hernandez, der in Gregorio Maranon sitzt, erlitt diese Woche einen Herzanfall, von dem er sich wieder erholte.

Besetzung der Botschaft

José Marti Font informierte darüber, daß die spanische Botschaft in der DDR durch ein Dutzend Demonstranten besetzt wurde zur Unterstützung des Hungerstreiks der Gefangenen. Die BesetzerInnen, die zum größten Teil aus West-Berlin stammten, bestritten, irgendeiner Gruppe anzugehören. Dennoch war es offensichtlich, daß sie Verbindungen zu den Sympathisanten der Rote Armeee Fraktion und deren Familienangehörigen haben, deren Mitglieder ebenfalls unter Isolationsbedingungen lange Haftstrafen verbüßen.
In Freiburg warfen Unbekannte Molotow-Cocktails gegen ein Autohaus der Firma SEAT. Die spanische Regierung wurde während einer Ministerratssitzung über die Besetzung informiert.
Um etwa zehn Uhr morgens drangen ein Dutzend junger Leute, als Reisegruppe getarnt in das Botschaftsgebäude in der Clara-Zetkinstraße in Ost-Berlin ein.
Mit etwas Druck gelang es ihnen, bis ins Dienstzimmer des Botschafters zu gelangen, wo sie seine Abwesenheit feststellten. Später kam dieser hinzu.
Vor der Botschaft entrollten währenddessen etwa dreissig Demonstranten Transparente zur Unterstützung der gefangenen GRAPO-Leute und gegen die spanische Regierung. Die deutsche Polizei verhaftete die Besetzer, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen.
Trotz der Entschiedenheit, mit der offizielle Stellen, Anwälte und Familienangehörige der GRAPOs die Existenz einer vermittlung im Konflikt verneinten, deutete die Menschenrechtsorganisation APDHE die gangbarkeit dieser Möglichkeit an und schlug den "Volksverteidiger" (eine spanische Institution, mir unbekannt) als Vermittler vor. In Abwesenheit des Vorsitzenden dieser Vereinigung, Gil-Robles wurde aus dem Büro dieser Institution velautbart, daß ihnen von dieser Initiative nichts bekannt sei. Der Präsident der APDHE José Antonio Gimbernat gab gegenüber El Pais an, daß die neue Situation einen Lösungsweg andeute und daß "die Bitte um Vermittlung an internationale Organisationen gerichtet" werde.

GRÜßE AN DIE POLITISCHEN GEFANGENEN, FÜR ZUSAMMENLEGUNG, GEGEN ISOLATIONSHAFT!

PROTESTAKTIONEN IM PREUNGESHEIMER MÄNNERKNAST - STRAFMASSNAHMEN DER ANSTALTSLEITUNG --- zur situation dort:

als sich im märz dieses jahres der kolumbianische gefangene alberto granados im untersuchungshaftgefängnis ffm-preungesheim das leben nahm, erschien kurz darauf eine protesterklärung von gefangenen männern, unterschrieben mit "provisorischem gefangenenrat der jva I.

darin wird der soziale hintergrund der gefangenenschaft von alberto und seiner frau, die im preungesheimer frauengefängnis eingesperrt ist, benannt und zu spenden für die kinder der beiden aufgerufen. gleichzeitig wird betont, daß dieser spendenaufruf nicht den protest und widerstand gegen die verhältnisse ersetzt, die den spendenaufruf notwendig machten.

gegen die menschenfeindlichen haftbedingungen haben die gefangenen dann in der erklärung einen 8 punkte umfassenden forderungskatalog aufgestellt: abschaffung der 23-isolation in den ersten beiden monaten; täglichen hofgang im freien; freie verfügbarkeit von strom; einschränkung der besuchsüberwachung und postzensur; ein besseres angebot von fachpersonal; längere freizeit, kein nachtverschluß schon um 15.30 uhr.

diese protesterklärung wurde dann von 3oo - 4oo gefangenen männern unterschrieben und an das justizministerium geschickt.
bis heute gab es keinerlei reaktion, die erklärung und die forderungen der gefangenen wurden vom ministerium wie auch der anstaltsleitung gänzlich ignoriert.

am sa.,9.6.,zeigte sich schon während einer kundgebung, die an diesem tag zur haftunfähigkeit von isabel jacob veranstaltet wurde, daß viele gefangene männer unzufrieden waren. zeitungen wurden aus den zellenfenstern heraus verbrannt, ein transparent wurde herausgehängt.

am selben tag, ca. um 15 uhr, kurz vor dem nachtverschluß um 15.3o uhr, rebellierten mehrere gefangene auf 3-4 stationen in den sogenannten freizeiträumen. dort besteht für die gefangenen neben dem 1stündigen hofgang die einzige möglichkeit, sich für 2 stunden mit mitgefangenen zusammenschließen zu lassen. bei dieser protestaktion wurden die fensterscheiben dieser zellen herausgeschlagen.

die anstaltsleitung reagierte sofort mit strafmaßnahmen. mehrere männer wurden in bunkerhaft gesperrt, d.h. totale isolation in einer sogenannten beruhigungszelle, in der der gefangene gar nichts mitnehmen darf: kein buch, kein stift und papier, gar nichts. aus früheren gefangenenberichten wissen wir, daß bei bunkerhaft oft nicht nur die post und duschen verweigert, sondern sogar über mehrere tage der einstündige hofgang verboten wurde. diese bunkerhaft, die schärfste waffe der gefängnisleitung, wurde also jetzt in größerem umfang angewendet.
wir wissen von mindestens einem weiteren gefangenen, daß er verschärften isolationshaftbedingungen unterworfen ist. ihm wurde die aufhetzung von mitgefangenen vorgeworfen, weil er in gesprächen nochmals auf die forderunge der gefangenen hinwies. verlegung, 23-stunden-einschluß (also streichung der sog. 2 freizeitstunden) und einzelhofgang sind hier die bedingungen. schließlich wurde über alle betroffenen stationen eine freizeitsperre verhängt.

in der nacht zum sonntag haben die gefangenen über längere zeit mit allen möglichen gegenständen lärm gemacht und damit ihren protest gegen die maßnahmen ausgedrückt.
am so. 10.6. soll es auf einer weiteren station zu auseinandersetzungen gekommen sein.

seit monaten ist die stimmung im überfüllten preungesheimer männerknast gespannt. die ignoranz gegenüber den forderungen der gefangenen, die unmenschlichen haftbedingungen zumindest an wenigen punkten zu verbessern, brachten jetzt das faß zum überlaufen.

die antwort des anstaltsleitung bestand allein in strafmaßnahmen, in der totalen isolierung mehrer gefangener und in der streichung der sogenannten freizeitstunden.

dagegen und für die forderungen der gefangenen muß jetzt unbedingt von draußen eine öffentlichkeit geschaffen werden.

autonomes prozeßbüro 13.6.90

p.s.: in den späten abendstunden des 12.6. kam es zu einem kurzen solidaritätsfeuerwerk am preungesheimer männerknast, mehrere parolen zur unterstützung der gefangenen wurden gerufen. von drinnen wurde diese aktion mit kräftigem lärmen und rufen aufgenommen.



Im Preungesheimer **Frauenknast** sitzen zur Zeit etwa 150 gefangene Frauen in Untersuchungs- und in Strafhaft. Ffm-Preungesheim ist der zentrale Frauenknast für Hessen (Rheinland Pfalz und Saarland) mit fast 300 Haftplätzen.
Am Frankfurter Flughafen wurden seit 1984 zunehmend Frauen als sog. Drogenkurierinnen verhaftet und direkt hier in Preungesheim eingeknastet. Weil Drogendelikte überhaupt sehr hoch und ohne Bewährung bestraft werden, haben die meisten Frauen 2 bis 5 Jahre abzusitzen. Wie brutal die Knastbedingungen für die Frauen sind, die aus ihrer Kultur rausgerissen, von ihrer Familie dort getrennt, und hier direkt nach ihrer Ankunft einfahren, zeigt z.B. die Situation von Antoinette Bayeh. Als "Drogenkurierin" hat sie als 60jährige ein Horrorurteil von 9 Jahren kassiert. Sie ist seit 18 Monaten in Preungesheim inhaftiert und da kaum eine andere Gefangene ihre Sprache spricht weitgehend isoliert. Zu dem gibt es dort keine Dolmetscherin für sie. Sie hat in ihrer verzweifelten Lage bereits mehrmals versucht sich umzubringen. Verschubt zwischen Knast und Knastkrankenhaus sitzt sie heute in einer "Sicherheitszelle". Gefangene Frauen in Preungesheim fordern jetzt mit einer Unterschriftenliste die **sofortige Freilassung von Antoinette Bayeh!** Sie muß sofort raus! Sie braucht eine Dolmetscherin, die arabisch spricht. Gegen die Knastbedingungen gab es auch schon mal von mehreren Frauen einen Hungerstreik im Juni 85 in Preungesheim.

Gegenüber den 1000 Haftplätzen in Preungesheim insgesamt steht die Zahl von über 5000 Gefangenen, die hier jährlich durch die Zellen geschleust werden.
Im Männerknast schafft die ständige Fluktuation des U-Haftknastes eine zusätzliche Form der Isolation. Der ständige Wechsel heißt ständig neue Gesichter auf allen Etagen, bzw. ein ständiges Abreißen von Kontakten. Dazu kommen Überbelegung, Sprachschwierigkeiten, ...
Daß über die alltägliche vereinzelte Wut hinaus Initiativen möglich sind, und sich auch gegenüber der rassistischen Spaltung Zusammenhalten entwickeln kann, zeigt die Initiative des provisorischen Gefangenenrat. Als sich am 18.3.90 in der JVA I Alberto Granados aus Kolumbien das Leben nahm, hatten Mitgefangene eine Protesterklärung verfaßt. Sie schreiben darin von den sozialen Hintergründen, die A. Granados in den Tod getrieben haben. Sie fordern u.A. daß die 23-Stunden-Isolationshaft bzw. Aussageerpressungshaft in den ersten beiden Monaten der U-Haft abgeschafft wird, daß es längere Freizeiten geben soll, Abschaffung des Nachtverschlusses schon um 15.30 Uhr, täglichen Hofgang unter freiem Himmel, Änderung der Praxis von Postzensur und Besuchssituation,...
Der Forderungskatalog,- von über 300 gefangenen Männern unterschrieben-, wurde an das Justizministerium geschickt. Dort, wie auch von der Knastleitung, wurden die Forderungen bislang völlig ignoriert. In diesem Zusammenhang haben am 9. und 10.6. Gefangene auf meheren Stationen rebelliert, und u.A. die Fensterscheiben in den sogenannten Freizeitzellen zerschlagen. Hier reagierte die Knastleitung sofort: Bunkerhaft für mehere Gefangene, Verlegungen, "Freizeit"sperren, verstärkte Isolation auf den betroffenen Stationen.

Wir fordern die sofortige Rücknahme aller Strafmaßnamen!

Wir sehen diese Aktionen und die Initiative des prov. Gefangenenrates auch in Zusammenhang zu den Knastkämpfen in der BRD in den letzten Monaten.

Frauen im Knast

Die Bedingungen, mit denen Frauen draußen in allen Bereichen ihres Lebens, Tag für Tag konfrontiert sind, setzen sich im Knast entsprechend fort. Frauen, die sich gegen ihre Rolle als Hausfrau und Mutter gegen die bestehenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zur Wehr setzen, bekommen im Vergleich zu Männern höhere Knaststrafen, bzw. wandern viel eher für das gleiche in den Knast. Z.B. eine Frau, die ihren Mann umbringt, weil sie's nicht mehr aushält, wird als heimtückisch etc. viel härter bestraft, als wenn ein Mann seine Frau halt aus „Versehen" erschlagen hat. Damit halten Knast- und Justizsystem bestehende HERRschaftverhältnisse aufrecht, in denen Frauen eigenständiges Denken und Handeln nicht zugestanden wird.

Trotzdem sind nur 10 % der Gefangenen in der BRD Frauen. Bezeichnend auch, daß der Großteil (80 %) wegen Widerstand, Diebstahl, Betrug und Drogen verurteilt ist. Wir sehen einen Grund darin, warum der Anteil von gefangenen Frauen so niedrig ist, daß viele Frauen in der Psychiatrie landen, als nicht Zurechnungsfähige, als Verrückte.

Als Frau im Knast zu sitzen, heißt für viele auch nochmal härteren Bedingungen unterworfen zu sein, als sie für die Männer eh schon sind. So sind z.B. viele Frauen einzeln in Männerknästen, was für sie bedeutet, daß sie, obwohl genehmigt, nicht an Freizeitangeboten und Kursen teilnehmen können.

In Aichach selber sind ca. 425 Frauen. Auch hier heißt der ganz „normale" Knastalltag, Knastordnung, Repression, Arbeit, Ausbildungs- und Freizeitmöglichkeiten, frauenspezifische Unterdrückung:

— Frau kann eine Ausbildung machen als Damenschneiderin, Hausgehilfin, Floristin, Köchin, Schwesternhelferin.
— Es gibt verschiedene Zwangsarbeiten, wie Kleiderbügel- und Steckdosenmontage, Strümpfe für C & A, Waschen, Bügeln, . . . bei 98 Pfennig Stundenlohn.
— Selbst wie die „Zelle einer Frau" auszusehen hat, ist in der Hausordnung festgelegt. So bekam z.B. Manu (*) eine 24-tägige Freizeitsperre wegen angeblich zu unordentlicher Zelle.

In der Kinderstation in Aichach gibt es 10 Plätze für Kinder bis zu drei Jahren, deren Mütter in Aichach sitzen. Die Mütter arbeiten genauso, wie die Anderen. Die Kinder werden den ganzen Tag über von den Wärterinnen betreut, nur abends sind sie mit ihren Müttern zusammen. Für die Frauen bedeutet das, ständig über ihre Kinder unter Druck gesetzt zu werden, wenn sie sich wehren.

Keine Inhaftierung von Müttern mit Kindern und schwangeren Frauen!!!!

Keine Inhaftierung von HIVinfizierten!!!

ZUM PROZEß GEGEN GERRY HANRATTY UND GERRY MC GEOUGH

Dies ist ein Auszug aus der bundesweiten Prozeßvorbereitungs-Broschüre, die ab mitte Juli in jedem guten Infoladen zu haben ist.

Einschätzung

Am 16. August 1990 wird vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) in Düsseldorf der Prozeß gegen die beiden Iren Gerry Hanratty und Gerry McGeough beginnen.
Nach einigem hin und her stehen nun die Anklagepunkte fest: bei beiden " Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz " und Beteiligung an dem Angriff auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee in Duisburg, und Beteiligung am Angriff auf die 'Joint Headquarters' der britischen Rheinarmee und Nato-Hauptquartier in Rheindahlen-Mönchengladbach bei Gerry McGeough.
Im Zuge des Eröffnungsverfahrens hatte ursprünglich der 6. Strafsenat alle Anklagepunkte im Zusammenhang mit dem Angriff in Duisburg nicht zum Hauptverfahren zugelassen.
Dadurch wäre das Anklagekartenhaus schon vor Prozeßbeginn drastisch zusammengefallen und hätte so der Bundesanwaltschaft (BAW) erschwert, ihre politische Absicht im Prozeß durchzukriegen.
Daher war es nur logisch, daß die BAW umgehend Einspruch gegen diese Entscheidung einlegte. Ihr ging - und geht - es schließlich darum, die zwei Genossen wegen militärischer Aktionen gegen die britische Rheinarmee auf dem Gebiet der BRD stellvertretend zu verurteilen. Damit sollen prototypisch künftige "anti-terroristische" Rechtsnormen gegen nationale Befreiungsbewegungen - in diesem Fall die IRA - europaweit festgeschrieben werden.
Diese Absicht der BAW wurde bereits im Vorfeld des Prozesses zum einen dadurch deutlich, daß sie die beiden Gerrys von Anfang an in den Medien als DIE "terroristischen Drahtzieher der IRA in der BRD" hat aufbauen lassen, zum anderen aber auch durch gezielte Vorverurteilung mittels der BAW-Pressemitteilung vom 14. 6. 89 und des letztjährigen Verfassungsschutzberichtes.
Letztendlich wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe dem Einspruch der BAW stattgegeben. Ohne müßig spekulieren zu wollen legt dieser Vorgang den Schluß nahe, daß es momentan gewisse Interessenunterschiede betreffs der Prozeßführung zwischen Gericht und BAW gibt. Ob oder inwieweit sie zum Tragen kommen bleibt abzuwarten.
Fest steht jedoch daß, wie auch immer sich das Erscheinungsbild geändert hat und weiterhin ändern mag, der politische Kern des Verfahrens gleichbleibt :
Die Verwendung von angeblichen Asylanträgen ('schwedische Papiere') als Beweismittel der Anklage im Verfahren gegen Gerry McGeough, und die Absicht, die IRA als "terroristisch" festzuschreiben - und somit den irischen Befreiungskampf auch auf dem Kontinent zu kriminalisieren - stehen weiterhin auf ihrer Tagesordnung.
Das sind die politischen Ziele, die die BRD über eine Verurteilung der beiden Gerrys mit diesem Verfahren erreichen will und wird, wenn sie es ungehindert durchführen kann.

Zur geplanten AuslieferungGerry Hanrattys an Britannien

Mit dem Beginn des Prozesses in Düsseldorf rückt auch die gefürchtete Auslieferung von Gerry Hanratty in den britisch besetzten Norden Irlands näher.
Dort wird Gerry wegen angeblicher Beteiligung an einer Auto-verfolgungsjagd mit Bullen in Belfast und "Waffenbesitz mit Tötungsabsicht" verfolgt. Die Tatsache, daß er eine halbe Stunde später eine Meile von der Szenerie verhaftet wurde, ohne jegliche Waffe und, wie sich später rausstellte, auch ohnen einen einzigen Belastungs-zeugen, tat nicht viel zur Sache.
Was aber kommt im Falle seiner Auslieferung an den britisch besetzten Norden Irlands auf Gerry zu ?
In der Untersuchungshaft erwarten ihn grausame Verhörmethoden und Folter, die er schon einmal zu erdulden hatte.Von einem rassistischen Diplock-Gericht, das nur aus einem Richter ohne Geschworene besteht und nur im britisch besetzten Norden Irlands existiert, wird er voraus-sichtlich zu einer hohen Haftstrafe verurteilt werden. In vergleich-baren Fällen bedeutete dies bis zu 20 Jahren Haft im berüchtigten Hochsicherheitsknast Long Kesh.

Aushebelung des Asylrechts durch Einführung vertraulicher Papiere in das Ermittlungsverfahren.

1988 wurde die Wohnung in Malmö, Schweden, in der Gerry Mc Geough bis 1987 lebte, auf Verlangen eines belgischen Untersuchungsrichters zweimal durchsucht. Ermittelt wurde wegen der Erschießung eines britischen Soldaten in Ostende 1988.
Bei der zweiten Durchsuchung wurden zahlreiche Kleidungsstücke, persönliche Aufzeichnungen und Papiere beschlagnahmt. Bei diesen Papieren soll es sich angeblich um Kopien von Flüchtlingsprotokollen und anderen Unterlagen handeln, die vermutlich Gerrys Asylantrag aus dem Jahr 83/84 betreffen.
Im Januar 1989 wurden die beschlagnahmten Gegenstände an die belgische Polizei weitergeleitet. Zwar besagt das schwedische Datenschutzgesetz, daß die Behörden keine Informationen über nicht-schwedische BürgerInnen weitergeben dürfen, falls diese Informationen bekannt werden. Doch existieren auch im schwedischen Datenschutzgesetz die allzu bekannten "übergeordneten Interessen".
Im Fall von Gerry wurde nicht einmal geprüft, ob die Papiere unter den Datenschutz fallen, wie die zuständige Beamtin im Justizministerium offen angab. Kaum waren die Papiere in Belgien angelangt, landeten auch schon Kopien bei den holländischen, britischen und bundesdeutschen Behörden.
Die Anklage gegen Gerry Mc Geough beruht zum Großteil auf diesen angeblichen Asylpapieren.
Gerry Mc Geough selbst schreibt dazu:
" Ich glaube mit all meiner Überzeugung , daß für Asylpapiere und andere Flüchtlingsunterlagen die Regeln größter Vertraulichkeit gelten. Es gibt Millionen unsicherer, verängstigter Flüchtlinge aus aller Welt, die Asyl und Schutz vor despotischen und tyrannischen Regimen suchen; hunderttausende davon sind nach Europa geflüchtet, zehntausende nach Schweden. Von ihren persönlichen Akten, ihren Asylpapieren und der Diskretion und Vertraulichkeit, mit der diese behandelt werden, hängt oft genug ihr nacktes Leben ab.
Wenn erst einmal, und um diese Frage scheint es hier zu gehen, ein Präzedenzfall geschaffen worden ist und vermutlich vertrauliche Akten auf geheime Weise und mit unakzeptablen Methoden beschafft wurden als Beweis vor Gericht verwendet werden, ist das Schicksal von Millionen hilflosen, angsterfüllten Menschen besiegelt. Ihre Schreie nach Hilfe und Schutz vor Verfolgung werden dann benutzt, um sie in die Hände ihrer Folterer zu geben."
Gerade an den Flüchtlingen kann gerade in der jetzigen Situation ohne größere und nennenswerte Widerstände politische Diskriminierung und Ausgrenzung exemplarisch vorgeführt und dann auf andere Bereiche des staatlichen Repressions-Instrumentariums erweitert werden.

Zum Prozeß - welche Absicht verfolgt die BRD?

Der Prozeß gegen die beiden Iren wird am 16. August diesen Jahres beginnen, im Anschluß an das Verfahren gegen Thomas Kilpper, Gefangener

aus dem Widerstand. Für das Verfahren gegen die beiden Iren wurde eigens ein neuer Strafsenat am OLG Düsseldorf eingerichtet; der Prozeß gegen Thomas Kilpper wurde jedoch vorgezogen. Dieser 6. Strafsenat "ist ein juristisches Novum, gibt es doch bis dato nur einen Staatsschutzsenat pro Bundesland am OLG". Offener ist die Einrichtung von Sondergerichten kaum vorstellbar !
Auch wenn die beiden Gerrys nicht nach § 129a angeklagt sind, ist unserer Einschätzung nach die Hauptfunktion des Prozesses die gerichtliche Festschreibung der IRA als "terroristisch". Diese Festschreibung würde die weitere Kriminalisierung des irischen Befreiungskampfes und aller damit solidarischen Menschen hier in der BRD vereinfachen.

Geschicht und aktuelle Situation der Kriminalisierungs- und Normalisierungsstrategie
Diese gerade auch von der BRD forcierte Kriminalisierungspolitik dem irischen Befreiungskampf gegenüber hat bereits eine lange Geschichte: als Mitte der 70er Jahre den irisch -republikanischen Kriegsgefangenen von Britannien der politische Status aberkannt wurde, war dies faktische Umsetzung der Nato- Doktrin, daß es keine politischen Gefangenen in Westeuropa mehr geben dürfe. Die Durchführung war als Vergabebedingung an EG- Kredite geknüpft.
Beim Bau von Long Kesh, dem berüchtigten Hochsicherheitsknast im britisch besetzten Norden Irlands, leistete die BRD aktive Hilfe: die leitenden Architekten waren die selben, die kurz zuvor Stammheim entworfen hatten.
Durch die Angriffe auf die britische Rheinarmee ist der einst regional begrenzte Konflikt im britisch besetzten Norden Irlands auf den westeuropäischen Kontinent getragen worden.Gleichzeitig wird auch von den Imperialisten die regional begrenzte Dimension der Aufstandsbekämpfung, in der hauptsächlich die Brits für die Zerschlagung des irischen Befreiungskampfes "zuständig" waren, zunehmend auf juristischer und politischer Ebene und in Ansätzen bereits auf der Ebene offener Repression von einem vereinheitlichten Vorgehen in Westeuropa abgelöst.
Dieses vereinheitlichte Vorgehen ist mehr oder weniger in allen westeuropäischen Ländern erkennbar.
Wir sehen die Absicht, die die BRD mit dem Prozeß gegen die beiden Gerrys - wie auch mit dem gegen die KurdInnen - verfolgt, als einen weiteren Schritt hin zur Vereinheitlichung der Repression im "europäischen Rechtsraum".
Die politische Bedeutung des Verfahrens gegen die beiden Iren wird wahrscheinlich verschleiert werden, indem die auffällgisten Elemente eines "Schauprozesses", wie Glaskasten, VerteidigerInneausschluß etc., die wir nur zu gut aus dem KurdInnenprozeß kennen, wegfallen werden.
Angesichts einer - gerade jetzt der BRD gegenüber kritischen - internationalen Öffentlichkeit scheint ihnen eine gewisse "Normalisierung" der Prozeßführung angebracht. Unter dem Deckmantel der "Rechtsstaatlichkeit" ist der tatsächliche politische Charakter des Prozesses weniger offen, weniger angreifbar.
Anders als anfänglich beim Prozeß gegen die KurdInnen.Dann konnte trotz zäher Mobilisierung ihrem Projekt etwas entgegengesetzt, ihm partiell Einhalt geboten werden. Die auffälligsten Elemente eines Schauprozesses mußten auf Druck einer internationalen Öffentlichkeit, der AnwältInnen, der Gefangenen, des Widerstands und der Solidaritätsgruppen zurückgenommen werden.
Doch trotz aller scheinbaren Änderungen ist der Kern des Verfahrens erhalten geblieben und wird weiter durchgezogen - die Kriminalisierung der PKK und mit ihr des gesamten kurdischen Befreiungskampfes.
Ähnlich verhält es sich beim Verfahren gegen die beiden Iren: alle Änderungen auf der Erscheinungsebene ändern nichts, aber auch gar nichts am angestrebten ZIEL, das die BAW mit diesem Prozeß verfolgt: die Kriminalisierung der IRA und des irischen Befreiungskampfes auf dem europäischen Kontinent !
Ein politischer Konflikt, der nationale Befreiungskampf in Irland, soll hier in die Rechtsnormen des Strafgesetzbuches gepreßt und seines politischen Inhalts beraubt werden.

Mögliche Folgen und Auswirkungen
Was aber geschieht, falls das Kalkül der BAW aufgeht, sie ihr Projekt ungehindert durchziehen Können ?
Mit der Festschreibung der IRA als terroristisch ist ihnen zum einen jede Handhabe für weitere Prozesse gegen IrInnen - dann direkt nach § 129a - gegeben. So hat die BRD bereits Auslieferungsanträge für drei in Frankreich und zwei im Süden Irlands festgenommene IrInnen gestellt.
Sie wirft ihnen sämtliche IRA - Angriffe in der BRD vor, die zwischen der Festnahme der beiden Gerrys und ihren eigenen Festnahmen gelaufen sind. Es wäre dann ohne Probleme möglich, die 5 mit einem § 129a-Konstrukt als kontinentales IRA-Kommando anzuklagen. Die französischen Behörden haben bereits zugestimmt, Patrick Murray, Donnagh Mary O'Kane und Pauline Drumm an die BRD auszuliefern, erstmalig unter Berufung auf die Anti-Terrorismus-Konvention von 1977.
Eine Auslieferung der beiden aus dem Süden Irlands dürfte noch nicht durchsetzbar sein, besteht doch in der irischen Bevölkerung ein breiter Widerstand gegen jegliche Auslieferung von IrInnen. Übrigens ist Donna Maguire inzwischen freigelassen worden.
So schnell wie sie es gerne hätten setzt sich der einheitliche europäische Rechtsraum wohl doch nicht durch, aber auch als langwieriger Prozeß verliert er nichts von seiner Tragweite.
Zum anderen hätte ein solches Urteil auch für uns hier ganz direkte Konsequenzen: eine Festschreibung der IRA und damit des irischen Befreiungskampfes als "terroristisch" macht den Weg frei für die Verfolgung und Verurteilung von internationalistischen und Solidaritätsgruppen hier in der BRD als "Umfeld, Unterstützer, Mitglieder", wer weiß ?
Für die beiden Gerrys hieße ein solches Urteil viele Jahre Knast und Vorverurteilung für Gerry Hanratty im Falle seiner Auslieferung !

Wir haben jetzt den Teufel an die Wand gemalt: daß sie dies gerne so hätten, heißt noch lange nicht, daß sie auch damit durchkommen.
Wie sich auch beim KurdInnen -Prozeß zeigt, wird sich die BRD / BAW mit einer kritischen internationalen Öffentlichkeit konfrontiert sehen.
Gerade im Moment, wo auf Grund der BRD - Expansion (auch Wiedervereinigung genannt) alle Augen auf die BRD starren, alte Ängste und altes Mißtrauen insbesondere einem starken = faschistischen "Deutschland" gegenüber allerorten wieder hochkommen, muß die BRD ihre imperialistische Großmachtpolitik hinter Gesetzes- und KSZE- Normen, hinter "Normalisierung" und "Rechtsstaatlichkeit" verbergen.

SOFORTIGE ZURÜCKZIEHUNG DER "SCHWEDISCHEN PAPIERE" ALS BEWEISMITTEL IM PROZESS GEGEN GERRY MC GEOUGH !

KEINE AUSLIEFERUNG VON GERRY HANRATTY !

FÜR DIE EINSTELLUNG DER VERFAHREN GEGEN GERRY HANRATTY UND GERRY MC GEOUGH !

FÜR EINE FREILASSUNG DER IRISCHEN GEFANGENEN !

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DES IRISCHEN BEFREIUNGSKAMPFES !

AUTONOME STUDIS (BOLSCHEWIKI): MIT DEN ÜBERLIEFERTEN VORSTELLUNGEN ....

Aus Freiburg erhielten wir die Broschüre "Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen" der Autonomen Studis (Bolschewiki) mit der Bitte um eine Rezension zugeschickt. Dieser Bitte wollen wir nicht entsprechen - aber zwei Texte draus abdrucken. Zum einen ein Auszug aus einer längeren Polemik über die Autonomen, deren Treffer aber oft nicht von der Hand zu weisen sind, und ein inhaltlicher Text zu den "Materialien für einen neuen Antiimperialismus". Erschienen ist das Ganze im Ca ira Verlag in Freiburg und kostet 8.-DM.

Während des New Deal gab es militante Massenstreiks und revolutionäre Propaganda kleiner Splittergruppen; im Faschismus werden alle demokratischen Organe zerstört. Um diesem Dilemma auszuweichen reden Autonome (oder Teile davon, aber wer will in Zeiten des Abschiffens der Bewegung noch autonom sein?!) von einer Faschisierung des Staates, ohne Faschismus überhaupt definieren zu können.

Einem vernünftigen Gedanken noch fremder gegenüberstehende (und vermeintlich "radikalere") Einschätzungen kolportieren auch, der Staat (bzw. alle Staaten) sei immer schon faschistisch gewesen: immer, überall und mit allen Waffen...

Auch wenn angesichts der Vernichtungsphantasien der Repräsentanten des bürgerlichen Staates seinen Feinde gegenüber diese Vorstellung verständlich ist, so wird sie dadurch aber auch nicht wahrer. Im Gegenteil, um die diffus-anarchische "Staats-Faschismustheorie" mit der eigenen Lebenslüge vom militanten Freiraum-Widerstand kompatibel zu machen, wird eben noch die Phrase der Freunde des bewaffneten Kampfes hinzugefügt, mensch müsse "die faschistische Fratze des Systems freibomben".

Um die hierbei entstehende Inflation des Begriffs "Faschismus" und der eigenen widersprüchlichen Wahrnehmungen gerecht zu werden, sollte dieses geniale Denksystem vielleicht noch um die Kategorien "ganz böser Faschismus" (Auschwitz), "etwas besserer Faschismus" (Südafrika, Israel, BRD) bzw. "guter oder zu vernachlässigender Faschismus" (bürokratische Arbeiterstaaten) erweitert werden. Und als umfassende subjektiv-moralische Kategorie schlagen wir folgende Definition vor: Faschismus ist immer dann, wenn eine ungerechte Sauerei passiert. Das ist dann ein klares Weltbild ohne wenn und aber, läßt sich beliebig ausdehnen (z.B. Ökofaschist, Sanierungsfaschist etc.) und kein Schwein entweicht mehr den enggeknüpften Maschen messerscharfer autonomer Analyse. Doch genug der Polemik.

Faschismus in der autonomen Terminologie jedenfalls symbolisiert realiter Repression, Bullen, Stammheim, Kaputtsanierung (autonome Wandparole 88): eigentlich Phänomen eines durchschnittlichen bürgerlichen Staates - für den Autonomen der Staat schlechthin.

"Der Staat" oder "das System" wird zum Feindbild überhaupt. Da unsere autonomen GenossInnen ja selten in irgendwelchen sozialen Milieus verankert sind (außer im eigene Ghetto) und sich in den so rar gewordenen sozialen Auseinandersetzungen kein so eindeutiges Feindbild abzeichnen will (?), wird der mieseste, kleinste Scherge jeder bürgerlichen Herrschaftsform für alles verantwortlich gemacht: der Bulle.

Die Phrase vom "Bullenstaat" oder auch "Schweinesystem" ist jenseits jeder Klassenanalalyse und hat diesselbe bisher auch derb zu vereinfachen versucht. Der Staat wird zum Mythos, zum einzigen omnipotenten Feind der alles beherrscht, den es jederzeit frontal zu bekämpfen gilt und der nur (wie hinterhältig!) durch seine niedrigsten Schergen sicht- und greifbar wird.

Die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft kann nicht begriffen werden, ohne ihren sozialen Inhalt. Der Staat wird nur aus einem Prinzip der Repression abgeleitet, nicht aus den Produktionsverhältnissen.

Aber die bürgerliche Gesellschaft kann nur über das Kapitalverhältnis verstanden, bekämpft und überwunden werden!

L'ANTIFASCISME C'EST BIEN
LA REVOLUTION C'EST MIEUX

früher hing ich oft nur so rum
'n paar biers und vielleicht mal so ganz individualistisch
'n telefonhäuschen plattmachen . . .

heute weiß ich, daß wir in der gruppe mehr schaffen!



Thesen zu den "Materialien"

1. Die "Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus" gehen von dem "gesellschaftlichen Nicht-Wert" der Subsistenz aus, der als zentrales und übergreifendes Element in den Kämpfen im Trikont gesetzt wird.

Subsistenz bedeutet dabei nicht die bloße Negation des Kapitals, sondern die funktionierende Struktur einer Gesellschaftlichkeit, die noch nicht durch das Kapital subsumiert wurde.

2. Aus der puren Tatsache, daß es bei dem Versuch, die noch nicht subsumierten Teile der Gesellschaft an den Kapitalzyklus anzugliedern, zu Kämpfen kommt, kann keine Aussage über die Qualität des Kampfes gemacht werden.

- Es kann keine Entscheidung darüber getroffen werden, ob dieser Kampf über die bloße Selbsterhaltung hinausführt, bzw. ob diese in irgendeiner Form eine revolutionäre Perspektive beinhaltet (Bsp. Iran).
- Die knallharten patriarchalen Strukturen der Subsistenzwirtschaft werden dabei nicht hinterfragt, sondern als solche vorausgesetzt. Die Frage, inwieweit das Kapitalverhältnis in Bezug auf diese Form der Gesellschaftlichkeit auch emanzipatorische Tendenzen in sich birgt, taucht nicht auf. So besteht z.B. für Frauen - wenn überhaupt - noch die Möglichkeit, sich in der Stadt mit Hilfe der Lohnarbeit von der Abhängigkeit von Mann und Familie zumindest teilweise zu befreien. Auf dem Land, innerhalb der Subsistenzwirtschaft, gibt es keine Alternative (außer dem Verhungern) zu den bestehenden Strukturen.

3. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß es noch weite "unberührte" Gebiete der Subsistenz geben würde. Die meisten Menschen, die in der Umgebung der Ballungszentren leben, sind über irgendeine Form der Lohnarbeit und des informellen Sektors in den Kapitalzyklus integriert.

4. Die Krise weitet sich - nach Meinung der "Materialien" - auf alle Bereiche des Kapitals aus, da durch Migration und Jobrotation der "Austausch der immer gleich Unzufriedenen" die Kämpfe in die Fabriken getragen werden. Der Widerspruch zwischen Stadt und Land wird tendenziell aufgehoben. Im Austausch zwischen den Erfahrungen der Subsistenzkämpfen und den Konflikten in der Fabrik zwingt die Klasse das Kapital in die Krise.

- Die Frage drängt sich auf, inwieweit diese Kämpfe ein "progressives" Element enthalten, oder ob sie sich "nur" auf gewerkschaftlichem Niveau abspielen. Bei 1000 % Inflationsrate in Brasilien "lohnt" es sich einfach nicht mehr, zu arbeiten. Zu fragen bleibt, ob sich in dieser Unzufriedenheit wirklich ein qualitativer Sprung abzeichnet, der zur Aufhebung der Misere führt, oder ob dies die neueste Variation der unsäglichen Verelendungstheorie darstellt. Diese Frage läßt sich aber nicht durch das bloße Aufzählen der verschiedenen Konflikte klären, so interessant dies im einzelnen auch sein mag.
- Es hat sich in der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts gezeigt, daß Sozialrevolten und spontane Riots unter anderem auch an dem Punkt gescheitert sind, der nun von autonomer Seite als deren Qualität interpretiert wird: die informelle Vermittlung und das Fehlen eines organisatorischen Zusammenhangs. Die unorganisierten Aufstände gegen die große Maschinerie führten oft zu mehr oder weniger großen Gemetzeln, auf die Militär und Polizei meistens schon längst vorbereitet waren.
- Das Individuum wird bei dieser Art von Geschichtsschreibung oft genug zum Objekt degradiert, d.h., es bleibt kalkulierbarer Faktor im System, da es nur als das gesehen wird, was das System aus ihm gemacht hat: das verelendete Opfer.
- der Versuch, die Klasse aus den Subsistenzkämpfen abzuleiten, stößt zudem auf die Schwierigkeit, einen einheitlichen Begriff zu entwickeln. Zwar ist das Festhalten an der pseudo-marxistsischen Homogenitätstheorie irrational. Auf der anderen Seite stellt sich das Problem der uferlosen Zersplitterung der Kämpfenden in den verschiedenen Kulturen mit sämtlichen geographischen und ethnischen Differenzen und Besonderheiten, die sich nur noch abstrakt miteinander verbinden lassen. Oder, anders gesagt, was hat der brasialianische "boa fria" mit dem sudanesischen Wanderarbeiter gemeinsam, was die Xiugui Indianer im Nord-Osten Brasiliens mit Fließbandarbeiterinnen in Taiwan?

5. Zudem stellt sich das Problem, gerade am Beispiel Brasiliens, ob das Kapital wirklich ausschließlich von der Klasse in die Krise gestürzt werden kann. Es gibt noch andre Schranken der Kapitalverwertung: die immanenten (Konkurrenz - Fall der Profitrate) und externe (Rohstoffverknappung, Ökologie). Zumindest im Norden von Brasilien wird mit so krassen Formen der ursprünglichen Akkumulation die Ausbeutung des Landes betrieben, daß sich deren katastrophale Auswirkungen sogar bis in die Metropolen rumgesprochen haben.

6. Es wird in den "Materialien" in keiner Weise auf den Zusammenhang zwischen Metropole und Peripherie eingegangen. Wie sehr die enorme Abhängigkeit von den Metropolen bei den Kämpfen eine Rolle spielt, welche Verbindungen zu den Kämpfen hier gesehen wird, bleibt der Fantasie des Lesers überlassen. Es drängt sich daher leicht der Gedanke auf, daß die etwas triumphalistische Beschreibung der Klassenkämpfe in der Peripherie wieder einmal die finsteren Realitäten hier ersetzen müssen. Die Tatsache, daß eine revolutionäre Entwicklung zumindest in den für die Metropolen am wichtigsten Ländern aller Wahrscheinlichkeit nach ohne eine Erhebung in den Metropolen militärisch vernichtet werden würde, zwingt zu der Auseinandersetzung mit der Situation hier. Wo dieser Zusammenhang fehlt, bewegt sich die Beschreibung leicht zum Voyeurismus hin.

7. Grundlegend anders ist der Charakter des Klassenbegriffs. Die Ökonomie der Verwertung ermöglicht noch einen gewissen Spielraum gegen das Kapital, die Subjekte der Kämpfe waren noch im Produktionsprozeß des Kapitals, sie hatten noch durch die Produktionsmittel, die sie bedienten, die Waffen zur Errichtung einer freien Gesellschaft in ihrer Hand. Dagegen: Streik in der Subsistenz? Die Ökonomie der Verwertung wurde bzw. wird durch die Ökonomie der Vernichtung abgelöst, die Waffe des Kapitals gegen die überflüssigen Esser heißt Dürre und Hunger. Die Qualität der Kämpfe - d.h., daß sie außerhalb des Verwertungszyklus stattfinden - bedeuten gleichzeitig ihre Schwäche.

8. Was weitgehend fehlt in den "Materialien" ist die Auseinandersetzung mit dem paternalistischen System der Ausbeutung. Vor allen Dingen im Norden sind die Lebensverhältnisse noch stark von der Ideologie des "casa grande" geprägt. Nicht nur die physischen Abhängigkeiten sind entscheidend, die Internalisierung der Unterlegenheit ist mindestens ebenso wichtig.

9. In diesem Zusammenhang ebenfalls von großer Bedeutung - und in den "Materialien" nicht erwähnt - ist die Rolle der katholischen Kirche. In einem so stark religiös geprägten Land wie Brasilien kann diese Institution nicht einfach "übersehen" werden. Während die Kirche lange Zeit einen überaus reaktionären Charakter hatte und wesentlich zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung und der psychischen Disposition der Unterdrückten mit beitrug, entwickelten sich im Laufe der letzten Jahrzehnte auch einige progressivere Bewegungen. Wie die Befreiungtheologie nun endgültig zu bewerten ist, sei erstmal dahin gestellt. Man kommt aber nicht umhin festzustellen, daß sie in vielen Regionen Brasiliens eine der Hauptinitatorinnen und die Trägerin des Widerstandes ist, besonders im Nord-Osten. Die "Commisao Pasoral da Terra" zum Beispiel bietet organisatorische und ideelle Hilfe für die LandarbeiterInnen, die eingeklemmt zwischen paternalistischer Unterwerfung und brutaler Repression sich sonst häufig nicht zum Widerstand entschlossen hätten.

10. So gut wie gar nicht thematisiert wird die Rolle des Patriarchats. Bedeutet das Patriarchat eine "Spaltung in der Klasse", bzw. ist das Patriarchat ein Widerspruch quer zu den von der Ökonomie gezogenen Fronten? (Verschärft wird die Frage durch den lateinamerikanischen Machismo, bzw. die Prägung Brasiliens durch die patriarchale Doppelmoral seit der Kolonisierung.)
Oder bedeutet es den grundlegenden Widerspruch, von dem der Kapitalismus nur eine bestimmte Stufe darstellt, grundlegend deshalb, weil die "Reproduktion der Gattung" jeder "Arbeit" und erst recht dem Kapital vorausgeht? Werden die (trikontinentalen) Frauen wegen der grunglegenden Bedeutung der Gattungsreproduktion und vor allem der von ihnen hauptsächlich getragenen Reproduktion bzw. Subsistenz des Kapitals deshalb zum neuen revolutionären Subjekt bzw. zur Avantgarde?
Die Idealisierung der "Subsistenz" bzw. der Reproduktion als nichtkapitalistischer und nichtpatriarchaler "Freiraum der Frauen" steht dennoch vor großen Schwierigkeiten. Die "Frauenstrukturen" in den patriarchalen Subsistenzgesellschaften sind meistens Produkte der Ausschließung der Frauen von aller "Macht". Es entstehen daher die gleichen Probleme wie bei den Bemühungen, die Hausfrauen als Hausfrauen zu organisieren.

11. Die Frage der Klassenspaltung geht über die Frage des Patriarchats noch weiter. Gerade in Brasilien mit seiner Ideolgie des "Schmelztiegels und der gemischtrassigen Gesellschaft" wurde letztes Jahr anläßlich des Jahrestages der "Befreiung" von der Sklaverei die Auseinandersetzung über Rassismus in Brasilien neu entfacht. Die Bewegung der Schwarzen mit ihrer "cultura negra" hat wieder größere Bedeutung - und damit auch die Frage, wie stark die Verschärfung der sozialen Verhältnisse statt zum Klassekampf gegen oben zu einer Abgrenzung nach unten führt.

TERMINE

Freitag 22.6.
18.00 "...von der RAF lernen"? Ein jahr nach dem Hungerstreik: Was ist aus der gesellschaftlichen Diskussion mit den Gefangenen geworden? Veranstaltung an der FU, Raum? unter anderen mit Renate Künast und D.Schulze

Samstag 23.6.
13.00 Antifa-demo in Ostberlin Treffpunkt: Erlöserkirche (zw. den S-Bahnhöfen Rummelsburg und Nöldnerplatz)

Sonntag 24.6.
??.?? Männerkiezküche im Omega, Sparrstr.21: Keine Solidarität mit Sexisten!? Männer und §218
11.00 "Betriebliche Selbstverwaltung" Frühstück, Vortrag + Diskussion im Links Treff, Weddingstr. 6 Veranstalterin:FAU
16.00 (pünktlich) Frauenkiezcafe im Falckeladen. Diskussion und Austausch zum 2.internationalen Frauencamp in NL mit Kaffee und Kuchen, Falckensteinstr. 46 1/36
18.00 Fest zum Kennenlernen + Essen + Sleep-in in der Wildenower Str.15 s.Flugi im Heft

Montag 25.6.
20.00 im Rahmen der El Salvador Ausstellung in der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61: "Wer nicht schafft, soll auch nicht essen!" Repression und Widerstand in Guatemala. Farbdiavortrag von Erika Kammer
19.00 Taxista-Treffen im Blauen Salon im Mehringhof

Donnerstag 28.6.
20.00 im Rahmen der El Salvador Ausstellung in der Galerie Olga Benario, Boddinstr.61: "Flüchtlinge von El Salvador" Farbdiavortrag von Erika Kammer die Austellung ist geöffnet Di-Sa 16.00-20.00

Freitag 29.6.
19.00 Rebellion der Zukunftslosen Veranstaltung über/mit? ausländischen Jugendlichen im Links Treff, Weddingstr. 6 1/65 s.Flugi

Sonntag 1.7.
15.00 Kundgebung gegen Skoblo am Roseneck
16.30 Fahrradspazierfahrt s.Flugi

SCHULE EINMAL ANDERS!

leute mit Power gesucht, die ihren Weg zum Abitur selbstgestalten wollen! In den AnfängerInnenklassen sind noch Plätze für QuereinsteigerInnen frei. Infos in der Schule für Erwachsenenbildung im Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, 1/61, Tel.: 693 70 48 oder -49.



FILM ZU POLITISCHEN GEFANGENEN IN JAPAN

und anschließende Diskussion mit einem Genossen von dort

In Japan sitzen vier mitglieder der Ostasiatisch- Antijapanischen bewaffneten Front im Knast, eine Gruppe, die hauptsächlich Anfang und Mitte der 70 er aktiv war und Ende der 70 er zerschlagen wurde. Zwei von ihnen sind zum Tode verurteilt worden.
Einer von ihnen hatte die Idee zu diesem Film. Leute von draußen haben gemeinsam mit ihm diese Idee umgesetzt.
Der Film besteht hauptsächlich aus Interviews mit den Müttern der Gefangenen, die schildern, wie sich ihre Kinder politisiert haben, was für ein Verhältnis sie zueinander hatten und wie sie heute zu ihnen stehen.
Der Film soll mehr bekannt machen über politische Gruppen in Japan und über die Situation der Gefangenen dort.

am Montag, den 25. Juni, 19.00 Uhr
im EX, Gneisenaustr. 2a, 1/61

Das Motiv des diesjährigen 1.Mai-Aufrufs ist von einem Plakat zur Unterstützung dieser Gefangenen genommen.

WILDE 15 WEHRT SICH WEITER

Eine gewisse PROTERRA - Gründung des VogelBraun-Kumpans Weißer - schimpft sich Eigentümerin von UNSEREM WOHNRAUM. Als Nachfolgerin der berüchtigten Hausverwaltung RESIDENTA bemüht sich die MONDIAL in Zusammenarbeit mit dem BEZIRKSAMT WEDDING um unsere Räumung aus der Willdenowstraße 15.

Lenhardt, der Mondial-Geschäftsführer, stand Mittwoch vor einer Woche bei uns im Schlafzimmer, mit ihm drei Abriß-Malocher....
WIR HABEN DIESE TYPEN RAUSGEEKELT!!!

Irgenjemand hat uns alle abgemeldet, wir haben uns wieder angemeldet.....: WIR BLEIBEN DRIN!!!

Ihre RÄUMUNGSURTEILE sollen ihnen nichts nutzen.
Sie sollen sich hüten, sich an UNSEREM HAUS zu vergreifen.!!!

SENAT PASS AUF!!!!

Wer den ~~Spekulanten~~ Steuergelder zur Vernichtung von Wohnraum in den Arsch schiebt, wer unsere Wohngemeinschaft zerstört und uns auf die Straße setzt,

MACHT SICH VERDAMMT UNBELIEBT!!!!

EUCH ABER, LIEBE LEUTE, laden wir alle ein, mit uns zu Abend zu speisen, bei uns zu übernachten, mit uns zu kämpfen!

Am Sonntag, den 24. Juni um 18 Uhr

ZUSAMMEN ESSEN und
KENNENLERNEN
hinterher SLEEP-IN

Bringt Schlafsäcke mit
Natürlich in der Willdenowstraße 15 am Ubahnhof Wedding

Gruß an alle Häuser
Besonders an den Lauseplatz
und an unsere netten NachbarInnen

KIEZDISCO



Ein Eistörtchen für unsere Gäste

PROWO
Zeitung für die (West)berliner Linke

SA. 23.6.

UMBRUCH
Bildarchiv · Repro · Montage

22 Uhr SFE (Schule für Erwachsenenbildung)
Gneisenaustr. 2 a, 1/61 (U-Bahnhof Mehringdamm)

Dazu gibts die **neue PROWO!**

Themen u.a.:

Schnöder Wohnen:
Besetzte Häuser in der DDR-Hauptstadt
Wassertorplatz
Werrablock
Betrieb & Gewerkschaft:
Klassenkampf im KAdeWE?
Nachlese Poststreik
Anfechtung der Betriebsratswahl bei Hudson
Parteiverdruß?
Aktuelle Entwicklung einer West-PDS
Stellungnahme der "Kommunistischen Plattform" in der PDS
Mobilmachung:
§ 218- Demo in Bonn

u.v.m.



DIA-WANDZEITUNG
GRAFFITI zu den Aktionstagen und 1. Mai
Filme: Weitlingstr./NA und GRAPO (von Gefangenen selbstgedreht)